

skiego
Bydgoszczy

E 2473 I
5842

Apr. 1-39

20

Wielki



Inhalt: Der polnische Kurswechsel · Der deutsch-rumänische Handelsvertrag · Innerpolitische
Wandlungen in Litauen · Landflucht in Ostland · Deutsches Schicksal in Polen · Chronik · Bf



DRESDNER BANK

ZENTRALE BERLIN W 8

Vermögensverwaltung · Annahme von Spargeldern

Beratung in allen Devisenfragen

RUND 350 NIEDERLASSUNGEN UND DEPOSITENKASSEN

Die schlesischen öffentlichen

Stadtparkassen und Kreisparkassen

verwalten über

1 Milliarde RM. Spareinlagen und

186 Mill. RM. Giro-, Kontokorrent- u. Depositeneinlagen

Der heimischen Wirtschaft

stellten sie in Form von kurz-, mittel- und langfristigen Krediten

380 Millionen RM. Hypotheken und

188 Millionen RM. sonstige Kredite und Darlehen

zur Verfügung.

WERBT FÜR DAS „OSTLAND“



849 5312/20

E 24431



Ostland

29483

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 8

Berlin, den 15. April 1939

20. Jahrgang

Der polnische Kurstwechsel

Am 31. März gab der britische Premierminister Chamberlain im Unterhaus folgende Erklärung ab: „... Wie der Kammer bekannt ist, finden augenblicklich mit anderen Regierungen Verhandlungen statt. Um den Standpunkt der britischen Regierung völlig klar vor Augen zu führen, bevor diese Verhandlungen beendet sind, habe ich beschlossen, die Kammer davon in Kenntnis zu setzen, daß die britische Regierung während dieses Zeitabschnittes im Falle irgendeiner Aktion, die ausdrücklich die Unabhängigkeit Polens gefährden und bei der die polnische Regierung es für notwendig erachten würde, mit ihren Streitkräften Widerstand zu leisten, sich verpflichtet fühlen würde, der polnischen Regierung unverzüglich alle ihr zur Verfügung stehende Hilfe zu gewähren. Ich habe der polnischen Regierung in dieser Hinsicht Versicherungen gegeben, und ich kann hinzufügen, daß die französische Regierung mich ermächtigt hat, zu erklären, daß sie die gleiche Haltung wie die britische Regierung einnimmt.“ Durch diese Beistandserklärung sollte Polen aus der „Neutralitätspolitik“, die es seit dem Abschluß des deutsch-polnischen Gewaltverzichtsabkommens von 1934 verfolgt hatte, herausgelockt und auf die antideutsche Einkreisungspolitik festgelegt werden. Obwohl die Unverblümtheit, mit der die Erklärung auf den polnischen Minderwertigkeitskomplex gegenüber Deutschland anspielte und den polnischen Partner in die Rolle eines schutzbedürftigen Klienten verwies, etwas stark Verletzendes hatte, war doch keinen Augenblick daran zu zweifeln, daß Polen der Versuchung erliegen und der Erklärung zustimmen würde. Es bestätigte sich, daß die Furcht vor Deutschland in Polen größer ist als das Vertrauen in die eigene Kraft. Oberst Beck erwies sich bei seinen Londoner Verhandlungen der britischen Diplomatie nicht gewachsen. Er gab die Erklärung ab, „daß die polnische Regierung sich verpflichtet fühlt, der englischen Regierung unter den gleichen Bedingungen Hilfe zu leisten, wie sie in der vorläufigen, der polnischen von der englischen Regierung erteilten Garantie festgelegt sind“).

*) Die amtliche Mitteilung über das Ergebnis der englisch-polnischen Verhandlungen hat folgenden Wortlaut:

1. Die Gespräche mit Minister Beck haben ein weites Gebiet umfaßt und haben die völlige Uebereinstimmung der Ansichten hinsichtlich gewisser allgemeiner Grundsätze ergeben.
2. Man hat festgestellt, daß die beiden Staaten bereit sind, ein zweiseitiges Abkommen von dauerhaftem Charakter zur Erzeugung des gegenwärtigen vorläufigen Abkommens zu treffen, das einseitige Garantien enthält, welche die englische der polnischen Regierung erteilt.
3. Bis zum Zeitpunkt des Abschlusses des endgültigen Abkommens hat Minister Beck der englischen Regierung die Zusicherung gegeben, daß die polnische Regierung sich verpflichtet fühlt, der englischen Regierung unter den gleichen Bedingungen Hilfe zu leisten, wie sie in der vorläufigen, der polnischen durch die englische Regierung erteilten Garantie festgelegt sind.
4. Ebenso wie die vorläufigen Zusicherungen, wird der endgültige Vertrag gegen keinen anderen Staat gerichtet sein, sondern wird nur zum Ziele haben, Polen und England gegenseitige Hilfeleistung im Falle jeder unmittelbaren oder mittelbaren Bedrohung der Unabhängigkeit jedes der beiden Länder zu sichern.
5. Man hat festgestellt, daß gewisse Fragen, die eine genauere Präzisierung der verschiedenen Umstände betreffen, unter denen die Notwendigkeit einer solchen Hilfeleistung eintreten könnte, weiterer Prüfungen vor dem Abschluß des endgültigen Abkommens bedürfen.
6. Man hat festgestellt, daß die obigen Entschlüsse für keine der beiden Regierungen ein Hindernis zum Abschluß von Verträgen mit anderen Staaten im allgemeinen Interesse der Festigung des Friedens darstellen können.

Auf dem Wege zum Größeren Deutschland

Saaeland:

„Das Schicksal hat es gewollt, daß nicht überlegene Vernunft diesen ebenso sinnlosen wie traurigen Zustand beendete, sondern der Buchstabe eines Vertrages, der der Welt den Frieden zu bringen versprach und doch nur endloses Leid und ununterbrochenes Zerwürfnis im Gefolge hatte. Umso größer ist unser Stolz, daß nach 15jähriger Vergewaltigung die Stimme des Blutes am 13. Januar 1935 ihr machtvollstes Bekenntnis aussprach.“

(Aus der Rundfunkansprache des Führers vom 15. Januar 1935)

Rheinland:

„Im Interesse des primitiven Rechtes eines Volkes auf Sicherung seiner Grenzen und zur Wahrung seiner Verteidigungsmöglichkeiten hat daher die Reichsregierung mit dem heutigen Tage die volle und uneingeschränkte Souveränität des Reiches in der demilitarisierten Zone des Rheinlandes wiederhergestellt.“

(Aus der Reichstagsrede des Führers vom 7. März 1936)

Ostmark:

„Ich proklamiere nunmehr für dieses Land seine neue Mission. Sie entspricht dem Gebot, das einst die deutschen Siedler aus allen Gauen des Altreiches hierher gerufen hat. Die älteste Ostmark des deutschen Volkes soll von jetzt an das jüngste Vollwerk der deutschen Nation und damit des Deutschen Reiches sein. Jahrhundertlang haben sich in den unruhigen Zeiten der Vergangenheit die Stürme des Ostens an den Grenzen der alten Mark gebrochen. Jahrhundertlang für alle Zukunft soll sie nunmehr ein eiserner Garant sein für die Sicherheit und Freiheit des Reiches und damit ein Unterpfand für das Glück und für den Frieden unseres großen Volkes. Und ich weiß: die alte Ostmark des Deutschen Reiches wird ihrer neuen Aufgabe ebenso gerecht werden, wie sie die alte einst gelöst und gemeistert hat.“

(Aus der Rede des Führers auf dem Heldengedenkplatz in Wien vom 15. März 1938)

Indem sich Polen bereit erklärt hat, mit England ein zweiseitiges Beistandsabkommen zu schließen, hat es auf den Anspruch, zu den politischen unabhängigen Staaten gerechnet zu werden, verzichtet. Es hat sich mit der anti-deutschen Front der westlichen Demokratien solidarisch erklärt. In Deutschland nimmt man diesen Stellungswechsel der polnischen Außenpolitik ohne Enttäuschung zur Kenntnis. Verwunderung kann höchstens der Umstand erregen, daß dieser Stellungswechsel mit einer von deutscher Seite angeblich drohenden „Gefahr“ motiviert worden ist. Man scheint es in Warschau schon vergessen zu haben, daß die polnische Außenpolitik erst durch den Pakt mit Deutschland aus der lähmenden Bevormundung durch Frankreich befreit worden ist. Man scheint sich dort nicht mehr daran zu erinnern, wie sehr sich Deutschland um eine freundschaftliche Ausgestaltung der kulturellen Beziehungen zu seinem östlichen Nachbarn bemüht hat. Und man scheint es dort auch nicht mehr wahr haben zu wollen, daß es die direkte Unterstützung oder doch zum mindesten die wohlwollende Neutralität des Reiches gewesen ist, der Polen die einzigen außenpolitischen Erfolge seit Versailles zu verdanken hat: die Normalisierung der Beziehungen zu Litauen, die Befreiung des Ostgaliziens und die Gewinnung der gemeinsamen Grenze mit Ungarn. Das Deutsche Reich ist noch weiter gegangen: es ist bereit gewesen, dem polnischen Staat für einen Zeitraum von 25 Jahren jede nur denkbare Garantie seiner politischen Unabhängigkeit und seiner territorialen Unversehrtheit zu geben, unter der Voraussetzung, daß Polen sich mit der Rückkehr eines kleinen geschlossenen Raumes, der ausschließlich von Deutschen bewohnt wird, und mit der Schaffung eines freien Verkehrsweges zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich einverstanden erklärt. Das Deutsche Reich hat Polen mit diesem Vorschlag eine einmalige Chance geboten und ein Maß von politischer Sicherheit in Aussicht gestellt, das Polen als Gegner des Reiches mit absoluter Sicherheit niemals zu erreichen imstande sein wird. Die verantwortlichen

Sudetenland:

„Wenn 3½ Millionen Angehörige eines Volkes von 80 Millionen kein Lied singen dürfen, das ihnen paßt, nur weil es den Tschechen nicht gefällt, oder wenn sie blutig geschlagen werden, bloß weil sie Strümpfe tragen, die die Tschechen einfach nicht sehen wollen, oder wenn man sie terrorisiert und mißhandelt, weil sie einen Gruß grüßen, der den Tschechen unangenehm ist, wenn man sie wegen jeder nationalen Lebensäußerung wie das hilflose Wild jagt und heßt, dann mag das den würdigen Vertretern unserer Demokratien vielleicht gleichgültig, möglicherweise sogar sympathisch sein, weil es sich hier ja nur um 3½ Millionen Deutsche handelt. Ich kann aber den Vertretern dieser Demokratien nur sagen, daß uns dies nicht gleichgültig ist, und daß, wenn diese gequälten Kreaturen kein Recht und keine Hilfe selbst finden können, sie beides von uns bekommen werden. Die Rechtslosmachung dieser Menschen muß ein Ende nehmen.“

(Aus einer Rede des Führers auf dem Reichsparteitag 1938)

Reichsprotectorat:

„Um diese Friedensbedrohung nunmehr endgültig zu beseitigen und die Voraussetzungen für die erforderliche Neuordnung in diesem Lebensraum zu schaffen, habe ich mich entschlossen, mit dem heutigen Tage deutsche Truppen nach Böhmen und Mähren einmarschieren zu lassen. Sie werden die terroristischen Banden und die sie deckenden Tschechen-Streitkräfte entwaffnen, das Leben aller Bedrohten in Schutz nehmen und somit die Grundlage für die Einführung einer grundsätzlichen Regelung sichern, die dem Sinn einer tausendjährigen Geschichte und dem praktischen Bedürfnis des deutschen und des tschechischen Volkes gerecht wird.“

(Aus der Proklamation des Führers vom 15. März 1939)

Memelland:

„Jetzt seid Ihr zurückgekehrt in ein gewaltiges neues Deutschland, das wieder unerschütterliche Ehrbegriffe kennt, das sein Schicksal nicht Fremden anvertrauen will und wird, sondern das bereit und entschlossen ist, sein Schicksal selbst zu meistern und zu gestalten, auch wenn dies einer anderen Welt nicht gefällt. Für dieses neue Deutschland treten heute über 80 Millionen Deutsche ein.“

(Aus der Ansprache des Führers bei der Befreiungsfeier in Memel am 23. März 1939)

Faktoren der polnischen Außenpolitik haben sich nicht dazu entschließen können, diese Chance zu nutzen. Sie scheinen der Meinung zu sein, unter dem Schutz der Westmächte im östlichen Mitteleuropa eine Politik verfolgen zu können, die mit den lebenswichtigen Interessen des Reiches in Widerspruch steht. Man kann nicht behaupten, daß diese Feststellung geeignet ist, das Vertrauen in die Stabilität des polnischen Staates zu heben. Man kann es dagegen als eine glückliche Fügung bezeichnen, daß sich Polen bereits zu einem Zeitpunkt aus seiner stets nur als Provisorium gemeinten „Neutralitätspolitik“ hat herauslocken lassen, der dem Deutschen Reich hinreichend Zeit läßt, diesem keineswegs überraschend eingetretenen Ereignis in der gebührenden Weise Rechnung zu tragen.

Wenn die Tatsache, daß Polen mit der seinerzeit von Marschall Pilsudski eingeleiteten Politik Schluß gemacht hat, von deutscher Seite mit Gelassenheit registriert werden kann, so deshalb, weil die Rolle, die Polen im System der britischen Einreisungspolitik zugeordnet ist, keineswegs beneidenswert scheint. Es sind hier zwei recht verschiedene Partner aneinandergeschnitten: auf der einen Seite Polen, also ein Staat mit regional sehr eng begrenzten Interessen, auf der anderen Seite England, also eine Macht, deren Interessen den Erdball umspannen. Den Polen gilt England allem Anschein nach als der beste und unersetzbare Garant ihrer Unabhängigkeit; die Engländer sehen in Polen nur einen Partner, der, wenn er zu kostspielig oder zu lästig werden sollte, verhältnismäßig leicht durch einen anderen ersetzt werden kann. Es ist anzunehmen, daß Polen, eben weil seiner Auffassung nach seine eigene Unabhängigkeit von der britischen Macht abhängig ist, der von ihm übernommenen Beistandsverpflichtung nachkommen wird; daß im umgekehrten Falle England seine eigene Beistandsverpflichtung ebenso ernst auffassen wird, kann man, eben weil Polen im Konzept der britischen Außenpolitik keine unersetzbare Größe darstellt, bis zum Beweis des Gegenteiles bezweifeln. Das aber bedeutet, daß der formalen Gleichberechtigung, um die sich Oberst Beck bei den Londoner Verhandlungen so eifrig bemüht hat, die tatsächliche Grundlage fehlt. Es läßt sich allerdings nicht bestreiten, daß Polen nach den territorialen Umgestaltungen

und machtpolitischen Verschiebungen der letzten Zeit für die Einkreisungspolitik der westlichen Demokratien einen gewissen „Seltenheitswert“ hat, nämlich insofern, als es praktisch der einzige Staat des ostmitteleuropäischen Raumes ist, der im Dienste der Einkreisungspolitik unmittelbar gegen das Reich eingesetzt werden kann, daß ihm im Rahmen dieser Politik also ohne Zweifel die früher von der Tschecho-Slowakei gespielte Rolle eines antideutschen Provokateurs zugedacht ist.

Doch haben die Polen, wie es scheint, von diesem ihren „Seltenheitswert“ eine übertriebene Meinung gehabt: Sie haben anscheinend damit gerechnet, daß ihnen England in seinem östlichen Bündnisystem eine bevorzugte Stellung einräumen werde. Es ist für sie daher eine Enttäuschung gewesen, daß England außer Polen auch noch eine Reihe anderer östlicher Staaten mit genau denselben Schutzangeboten „auszuzeichnen“ versucht hat. Peinlich aber hat sie vor allem der Umstand berührt, daß England ganz offensichtlich die Sowjetunion für einen schlechthin unentbehrlichen Partner seiner Einkreisungsbestrebungen hält und damit zu erkennen gibt, daß es in Polen im Grunde nicht mehr als einen Notbehelf sieht. Für England ist die Einbeziehung der Sowjetunion ein notwendiger Bestandteil seiner antideutschen Projekte; für Polen aber bedeutet die politische Gleichschaltung mit diesem Nachbarn eine Gefahr. Oberst Beck hat in London diese Gleichschaltung dadurch zu vermeiden gesucht, daß er den Beitritt Polens zu einem Kollektivabkommen abgelehnt und sich nur mit dem Abschluß zweiseitiger Pakte einverstanden erklärt hat. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß Polen auf dem besten Wege ist, im Rahmen eines ausdrücklich gegen das Deutsche Reich gerichteten politischen Systems ein Verbündeter der Bundesgenossen der Sowjetunion zu werden. Es versteht sich von selbst, daß diese, wenn auch indirekte Bindung Polens an die Sowjetunion für die Bewertung seiner politischen Qualität seitens des Deutschen Reiches von erheblicher Bedeutung sein muß.

Der deutsch-rumänische Handelsvertrag

Seit dem Abschluß des Handelsvertrages vom 23. März 1935 hat der deutsch-rumänische Warenaustausch eine ständig aufsteigende Entwicklung genommen. Im Jahre 1937 entfielen von der rumänischen Ausfuhr 19 v. H. auf Deutschland, dagegen auf England 9 v. H., auf die Tschecho-Slowakei 8 v. H., auf Oesterreich 7 v. H., auf Italien 6 v. H., auf Polen 1,1 v. H. In der rumänischen Einfuhr bestand im gleichen Jahre folgendes Verhältnis: Deutschland 29 v. H., Tschecho-Slowakei 16 v. H., Oesterreich 8,5 v. H. und Polen 1,7 v. H. Durch Einbeziehung Oesterreichs, des Sudetengebietes und des Protektorates Böhmen und Mähren in den deutschen Wirtschaftsraum, hat dieser für den rumänischen Außenhandel ganz erheblich an Bedeutung gewonnen. Im Jahre 1938 lieferten nach Rumänien: Deutschland für 6,86 Milliarden, die Tschecho-Slowakei für 2,06 Milliarden, England für 1,45 Milliarden und Frankreich für 1,31 Milliarden Lei; an den rumänischen Exporten war Deutschland mit 6,70 Milliarden Lei beteiligt; es folgten England mit 2,38 Milliarden, die Tschecho-Slowakei mit 2,06 Milliarden und Frankreich mit 0,91 Milliarden Lei. Dabei lag das Schwergewicht des rumänischen Außenhandels mit der ehemaligen Tschecho-Slowakei eindeutig auf Böhmen und Mähren. Für die Länder, die nach den Ereignissen vom März d. J. den großdeutschen Wirtschaftsraum bilden, ergibt sich nach den Außenhandelsdaten für 1938 folgendes Bild: Der Anteil Deutschlands (Altreich) und Oesterreichs am rumänischen Export betrug 26 v. H., der Anteil der Tschecho-Slowakei 10,5 v. H.; der Anteil Deutschlands (Altreich) und Oesterreichs am rumänischen Import betrug 38 v. H., der Anteil der Tschecho-Slowakei 11,5 v. H. Demzufolge ist das Deutsche Reich (heutigen Umfangs) im vergangenen Jahre mit 36,5 v. H. an der rumänischen Gesamtausfuhr und mit 49,5 v. H. an der rumänischen Gesamteinfuhr beteiligt gewesen. Aus dem Vorhandensein eines so überragenden deutschen Anteils am rumänischen Außenhandel läßt sich untrüglich schließen, daß die natürliche wirtschaftliche und geographische Verbundenheit Großdeutschlands mit dem südosteuropäischen Raum und insonderheit mit

Rumänien stärker ist als alle politischen Gegenkonstruktionen. In der Tat ergänzen sich die Nationalwirtschaften Deutschlands und Rumäniens in idealer Weise. Deutschland ist in der Lage, fast alle rumänischen Exporterzeugnisse in unbegrenztem Umfange zu guten Preisen und auf lange Sicht abzunehmen. Gegenüber diesen natürlichen Gegebenheiten müssen alle Versuche anderer Länder, die ihre Wirtschaftsbeziehungen zu diesem Lande aus anderen als rein wirtschaftlichen Beweggründen zu stärken versuchen, an dem Mangel realer Grundlagen scheitern. Mit der Lieferung englischer Luxuswaren ist Rumänien wenig gedient, wenn es als devisenarmes Land sie nicht mit eigenen Exporten bezahlen kann. Auch die Hergabe englischen Kapitals ist kein gleichwertiger Ersatz für die Abnahme rumänischer Waren.

Der Inhalt des Wirtschaftsplanes

Aus der Erkenntnis der Unerseßlichkeit des deutschen Marktes, der dem rumänischen Export einen gesicherten und von den Schwankungen der Weltmarktkonjunktur unbeeinflussten Absatz zu bieten vermag, ist das am 23. März d. J. unterzeichnete Abkommen entstanden, das die Grundlage für den weiteren Ausbau der deutsch-rumänischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen bildet und einen zunächst fünfjährigen Wirtschaftsplan, wie er von keinem anderem Lande als von Deutschland in so zweckvoller und umfassender Weise verwirklicht werden könnte. Dieser Plan sieht im Einzelnen vor: 1.) Die Entwicklung und Lenkung der rumänischen Agrarerzeugung, wobei nach vorangegangenem Erfahrungsaustausch auch der Anbau neuer und die Vermehrung bereits angebaute Agrarprodukte, insbesondere von Futtermitteln, Delsaaten und Faserpflanzen in Angriff genommen werden soll. 2.) Die Entwicklung bestehender und die Gründung neuer landwirtschaftlicher Industrien und Veredelungsbetriebe, ferner in Verbindung mit der Organisierung der rumänischen Holz- und Forstwirtschaft die Gründung holzwirtschaftlicher Betriebe. 3.) Die Lieferung von Maschinen und Anlagen für Bergbaubetriebe. Im Zusammenhang damit ist die Schaffung gemischter deutsch-rumänischer Gesellschaften zur Erschließung und Verwertung der rumänischen Kupferschwefelkies-, Chromerz- und Manganerzvorkommen vorgesehen. Auch sollen die Ausbeutung der Bauxitvorkommen und gegebenenfalls der Aufbau einer Aluminiumindustrie in Rumänien geprüft werden. Rumänischerseits ist die Schaffung von Freizonen zugesagt worden, in denen deutsche Industrie- und Handelsunternehmungen sowie Lager und Umschlagseinrichtungen für die deutsche Schifffahrt errichtet werden sollen. Deutschland wiederum hat die Lieferung von Kriegsgeschütz und Ausrüstungsgegenständen für die rumänische Armee, Marine und Luftwaffe, die Förderung der rumänischen Rüstungsindustrie, den Ausbau des Verkehrs- und Transportwesens, des Straßennetzes und der Wasserwege, ferner seine Hilfe bei der Errichtung von Betrieben der öffentlichen Hand zugesagt. Die Zusammenarbeit soll sich auch auf das Bankwesen erstrecken. Besonders hervorzuheben ist der Plan zur Gründung einer gemischten deutsch-rumänischen Gesellschaft zur Erforschung der Mineralölvorkommen und zur Durchführung eines Bohr- und Verarbeitungsprogramms.

Querschnitt durch die rumänische Erdölwirtschaft

Dieser letztgenannte Plan ist für die rumänische Erdölwirtschaft, die ein Hauptaktium des rumänischen Wirtschaftslebens darstellt, von großer Bedeutung. Von den europäischen Ölquellen sind die rumänischen nächst den russischen die weitaus wichtigsten. Es haben sich in den letzten Jahren allerdings Anzeichen eines langsamen Versiegens bemerkbar gemacht. Im Jahre 1936 hat die Erdölgewinnung noch 8,7 Mill. to betragen, im Jahre 1937 dagegen 7,17 Mill. und 1938 gar nur 6,6 Mill. to; sie ist damit auf den Stand von 1931 zurückgefallen. Dieser Rückgang erfüllt die rumänische Regierung mit großer Sorge. Sie hat die ausländischen Bohrgesellschaften mehrfach zu Neubohrungen anzuhalten versucht¹⁾. Die ausländischen Gesellschaften, die die Ausbeutung des rumänischen Erdöls betreiben, haben sich jedoch aus

¹⁾ In der Tat ist erst ein kleiner Teil der rumänischen Fundstätten aufgeschlossen; es wird behauptet, daß noch etwa 90 v. H. des gewaltigen Landgürtels ölführender Terrains, die sich in einer Länge von etwa 400 Kilometer am Süd- und Südostrand der Karpathen hinziehen, unaufgeschlossen sind.

verschiedenen Gründen (so unter anderem unter Hinweis auf das veraltete rumänische Minenrecht und die steuerliche Belastung) zu nennenswerten Neuinvestitionen nicht entschließen können. Sie zeigen sich an einer Steigerung der rumänischen Produktion auch weiterhin wenig interessiert, sind vielmehr nur darauf bedacht, das bereits investierte Kapital gut zu verzinsen und zu amortisieren und die Gewinne in freien Devisen, nicht aber in Erdölprodukten auszuführen. Damit setzen sie sich in Widerspruch zu den rumänischen Wirtschaftsinteressen. Nun bildet aber das Erdöl in der rumänischen Außenhandelsbilanz einen ausschlaggebenden Faktor. Eine rückläufige Erdölproduktion birgt für Rumänien die Gefahr einer Ausfuhrverminderung und damit einer Passivierung der Handels- und Zahlungsbilanz in sich²⁾.

Trotz des Rückgangs der Erzeugung erreicht die Naphthaindustrie in Rumänien mehr als ein Viertel des Gesamtwertes der rumänischen Industrieproduktion. Sie stellt zudem einen Industriezweig dar, der in ausschlaggebendem Maße von ausländischem Kapital beherrscht wird. Nach Mihail Pizanty „L'industrie de raffinage en Roumanie“ teilen sich folgende Auslandskonzerne und rumänische Gesellschaften in die Ausbeutung der rumänischen Naphthavorkommen:

Raffinerien	Kapital	Jahresleistung
Astro Romana	englisch-holländisch	2 160 000 to
Steana Romana	englisch-französisch-rumänisch	1 580 000 to
Concordia	französisch-belgisch-rumänisch	1 340 000 to
Romano-Americana	amerikanisch	1 300 000 to
Unirea	Phönix Öl and Transport Corp.	1 191 000 to
Creditul Minier	rumänisch	630 000 to
Petrol-Block	rumänisch	600 000 to
Colombia	französisch	525 000 to
Redevența-Xenia	rumänisch	502 000 to
Prahova	italienisch	430 000 to
Dacza Romano Petr. Synd. Ltd.	englisch	217 000 to

Wenn man berücksichtigt, daß der Inlandsverbrauch an Erdöl und Erdölprodukten in Rumänien kaum 1,6 Mill. to (1937) beträgt, so ergibt sich daraus eindeutig die Abhängigkeit der Erzeugung von den Auslandsmärkten. Für Rumänien ist es von Wichtigkeit, die Ueberschüsse der Produktion auf nahen Märkten abzusetzen. Wenn es sein Erdöl oder seine sonstigen Exportprodukte auf dem Land- oder Seewege nach Westeuropa oder gar nach Uebersee verfrachtet und verkauft, so wird die Konkurrenzfähigkeit schon durch die hohen Frachten sehr nachteilig beeinflusst. Was der südosteuropäische Wirtschaftsraum braucht, um sich zu entwickeln und seinen Außenhandel rentabel zu gestalten, ist ein großer und kaufkräftiger Markt, der unmitttelbar vor den Toren liegt. Dieser Markt ist das Deutsche Reich, das mit seiner gewaltig fortschreitenden Motorisierung und seiner hochentwickelten Industrie bei einer Bevölkerung von 85 Millionen ein größerer Verbraucher ist, als England und Frankreich zusammengenommen, die zudem in bezug auf Erdöl selbstgenügsam sind. Das Deutsche Reich ist derjenige Partner, der an der Steigerung der rumänischen Erdölproduktion ein dringliches und dauerndes Interesse besitzt. Auf Grund des Abkommens vom 23. März wird die Erschließung der rumänischen Erdölvorkommen in großem Stil in Angriff genommen werden, zumal die rumänische Regierung, um die Aufbauarbeit zu fördern, eine Reform des Bergrechtes beschleunigt durchzuführen gedenkt.

Die sonstigen Rohstoffvorkommen

Außer Erdöl besitzt Rumänien noch eine Reihe anderer wichtiger Rohstoffe. Ihre bergbauliche Erschließung steht jedoch noch vielfach in den Anfängen. Die Produktion beschränkt sich im Wesentlichen auf den Bedarf des Inlandsmarktes, zum Teil reicht sie selbst für den inländischen Bedarf nicht aus. So ist Rumänien bei einer eigenen Jahresproduktion an Eisenerzen in Höhe von 100 000 to in bezug auf diesen Rohstoff noch auf Auslandsbezüge angewiesen. Die Reserven an Eisenerzen werden aber auf mehrere Millionen Tonnen geschätzt. Eine merkliche Steigerung des Eisenerzabbaus hat jedoch noch nicht erzielt werden können, da es an Kapital für die Einrichtung bergbaulicher Betriebe und für die maschinelle Ausrüstung derselben mangelt. Die deutsche Zusammen-

²⁾ England und Frankreich, die 1937 als Abnehmer rumänischen Oels noch eindeutig an der Spitze standen, haben im Jahre 1938 ihre Bezüge um 50 bzw. 53 v. H. verringert, während sich die deutschen Bezüge gleichzeitig um 22 v. H. vermehrten.

arbeit mit Rumänien dürfte auch hier in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren bringen. Die rumänischen Eisenerzfunde liegen bei Eisenmarkt (Hunedoara), Reschiza und Steierdorf (Anin). Die Verhüttung erfolgt in den Hochöfen der Reschizawerke. Im Banat besitzt Rumänien Chromerzlager, die bisher jedoch kaum abgebaut werden, obwohl ihr Vorrat auf 10 Mill. to geschätzt wird und obwohl das Erz 32 bis 52 v. H. Chromoxyd und 16 bis 29 v. H. Eisenoxyd enthält, also durchaus abbauwürdig ist. Die ersten Versuche, diese Erze auszubeuten, sind von Deutschland während des Weltkrieges in die Wege geleitet worden; damals hat Deutschland dort innerhalb von sieben Monaten 40 000 to Chromerze gefördert. Nach Kriegsende sind die Betriebsanlagen wieder verfallen; sie haben bisher wegen Kapitalmangels nicht wieder aufgebaut werden können.

Rumänien besitzt darüber hinaus nicht unerhebliche Mengen von goldhaltigen Erzen; die Goldproduktion hat jedoch im Jahre 1937 nur 5 300 Kilogramm betragen. Auch silberhaltige Erze sind vorhanden; die Silberproduktion ist in den letzten Jahren gestiegen und hat sich im Jahre 1937 auf über 20 000 Kilogramm belaufen. An weiteren Rohstoffen finden sich in Rumänien Kohlenlager. Die Kohlenproduktion hat in den Jahren 1936 und 1937 betragen (in Tonnen):

	1936	1937
Braunkohle	214 025	236 607
Schwarzkohle	1 457 799	1 642 106
Steinkohle	299 628	288 861
Anthrazit	3 645	3 708

Die rumänische Kohlenförderung ist seit 1929 stark zurückgegangen. Anthrazit wird in Schela gewonnen, Steinkohle im Banat und bei Kronstadt. Größer sind die Braunkohlenfelder, die aber nur zum Teil abgebaut werden. Die Bauxitförderung ist bisher nur gering. Dasselbe gilt für die Blei- und Zinkgewinnung.

Die agrarische Produktion

Wie alle Länder im osteuropäischen Raum ist auch Rumänien ein Land vorwiegend agrarischen Charakters. Ueber 70 v. H. der Bevölkerung finden in ihr ihren Unterhalt. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche beläuft sich auf etwa 18,3 Mill. ha, wovon rund 13,9 ha auf Ackerland, der Rest auf Wiesen und Weiden, sowie Obst- und Weingärten entfallen. Unter den Getreidearten stehen Mais und Weizen mit 5,2 bzw. 3,6 Mill. ha Anbaufläche (im Jahre 1937) weitaus an erster Stelle. Die erzielten Hektarerträge sind nur gering, kaum halb so hoch wie die in Deutschland erzielten Erträge. Einer Intensivierung des Anbaus und einer Kultivierung der großen Dedlandflächen, die sich über mehr als 3 Mill. ha erstrecken, stehen bisher die chronischen Exportschwierigkeiten im Wege. Wie alle Weizen produzierenden Länder, so hat auch Rumänien ständig unter den Konjunkturschwankungen am Weltmarkt zu leiden. Um seinen Weizen in Anbetracht der Konkurrenz der überseeischen Produzenten überhaupt unterbringen zu können, ist Rumänien zur Subventionierung seines Weizenexportes gezwungen. An Versuchen, den Anbau schwer abzusetzender Agrarprodukte zugunsten des Anbaus solcher Produkte, für die aufnahmefähige Märkte vorhanden sind, einzuschränken, hat es in Rumänien nicht gefehlt. Es sind in dieser Hinsicht auch schon gewisse Erfolge zu verzeichnen. Doch hat es auch nicht an Mißgriffen gefehlt. Diese lassen sich, wenn, wie es in dem Wirtschaftsabkommen vom 23. März vorgesehen ist, die Erfahrungen der deutschen Landwirtschaft der rumänischen Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, unschwer vermeiden.

Im Interesse Rumäniens liegt es vor allem, den Anbau ölhaltiger Früchte, für die das Deutsche Reich eine praktisch unbeschränkte Aufnahmefähigkeit besitzt, zu intensivieren. Schon in den Jahren 1936/37 hat die Anbaufläche der ölsreichen Sojabohne von 58 000 auf 110 000 ha vergrößert werden können; die vermehrte Produktion hat gegen Lieferung von Maschinen und Chemikalien in Deutschland glatt abgesetzt werden können. Der Feuchtigkeitsgehalt der rumänischen Sojabohne ist noch geringer als derjenige der mandchurischen Frucht, was einen Vorteil beim Export bedeutet. Ihr Anbau hat sich als weit rentabler als der Getreideanbau erwiesen. Daneben dürften mit deutscher Hilfe auch noch andere Delpflanzen in Rumänien einen erweiterten Anbau erfahren. Das gilt z. B. für die Sonnenblumenkulturen, die sich hauptsächlich in Siebenbürgen und Bessarabien finden. Auch die Rapsproduktion, deren Hauptgebiete die

Walachei und die Theißebene sind und die sich zur Zeit auf etwa 350 000 to jährlich beläuft, läßt sich noch wesentlich steigern. Der *Hanf*anbau, der im Jahre 1937 über 50 000 ha beansprucht hat, läßt sich gleichfalls bedeutend erweitern. Dasselbe gilt von den Faserpflanzen: *Flachs* ist im Jahre 1937 auf rund 22 000 ha angebaut worden. Im Vergleich zur sowjetrussischen, randstaatlichen und polnischen Flachsproduktion, von der im Jahre 1937 rund 1 184 000 bzw. 189 000 und 147 000 ha in Anspruch genommen wurden, ist die rumänische Flachsproduktion bisher noch verschwindend gering. Der Anbau von *Baumwolle* ist in Rumänien erst in den letzten Jahren in Angriff genommen worden. Der kurze Ueberblick zeigt, daß Rumänien über industrielle und agrarische Rohstoffe verfügt, die bisher nur in recht unzureichendem Maße ausgenutzt werden, an deren Nutzbarmachung das Deutsche Reich aber als Abnehmer ein dringendes Interesse besitzt.

Innerpolitische Wandlungen in Litauen

Im Laufe etwa eines Jahres hat Litauen drei Regierungsumbildungen erlebt. Jedesmal sind es Ereignisse von großer Bedeutung gewesen, die diese Umbildungen ausgelöst haben. Im März v. J. hat das polnische Ultimatum, das den Ausfall zur Normalisierung der litauisch-polnischen Beziehungen gegeben hat, den Rücktritt des Kabinetts Lubelis zur Folge gehabt. Im Dezember v. J. ist dann dem Umschwung im Memelgebiet die Umbildung des Kabinetts Mironas gefolgt. Und jetzt hat die Abtretung des Memellandes ans Reich eine neuerliche Regierungsumbildung nach sich gezogen. Für diese letzte Umbildung sind zwei Erscheinungen charakteristisch: Erstens haben sich die Militärkreise einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung gesichert, und zweitens sind zum ersten Mal auch Vertreter der seit 1926 von der Macht im Staate ausgeschalteten Parteien in die Regierung aufgenommen worden.

In der Regierung sitzen vier Offiziere, nämlich als Ministerpräsident der bisherige Generalstabschef Cernius, als Innenminister der bisherige Chef der Kriegsschule und frühere Militärattaché in Moskau Brigadegeneral Skucas, als Finanzminister der General d. R. Sutkus und als Landeschutzminister der frühere Chef der Kriegsschule Brigadegeneral Musteikis, der bereits der zweiten Regierung Mironas angehört hat. Die oppositionellen Gruppen sind durch drei Minister in der Regierung vertreten, und zwar die Christlich-Demokratische Partei durch den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Bizauskas und den Bildungsminister Dr. Bistras, während die Volkssozialistische Partei den Landwirtschaftsminister Kriksciunas gestellt hat. Aus dem bisherigen Kabinett sind nur drei Mitglieder übernommen worden, nämlich außer dem Landeschutzminister Musteikis der Außenminister Urbšchys und der Verkehrsminister Germanas. Der letztere steht den Woldemarasanhängern nahe, während der neuernannte Justizminister Lamosaikis der bisherigen Regierungspartei der Lautininkai zuzurechnen ist. Außer den radikalen Linkskreisen sind also alle größeren politischen Gruppen Litauens an der neuen Regierung beteiligt. Für deren Struktur ist es bezeichnend, daß sie unter dem maßgeblichen Einfluß des Oberbefehlshabers der Armee, des Brigadegenerals Rastikis, zustande gekommen ist, der also im politischen Leben Litauens (neben dem Staatspräsidenten Smetona) eine ähnliche Stellung eingenommen hat, wie sie in Polen der Marschall Rydz-Śmigły (neben dem Staatspräsidenten Moscicki) seit einigen Jahren einnimmt.

Mit der Bildung dieser Regierung ist aber noch keineswegs eine durchgreifende Umgestaltung der innerpolitischen Verhältnisse im Sinne der von General Rastikis geforderten „Einigung aller staatserkhaltenden und aufbauwilligen Kräfte“ erreicht. Die Absicht, diese Kräfte unter Auflösung aller bestehenden politischen Organisationen in einem neu zu schaffenden *Einheitsverband* zusammenzufassen, scheint aufgegeben worden zu sein. Es ist nämlich von vornherein mit einem entschiedenen Widerstand des *Schutzverbandes* gegen die Errichtung einer solchen „Vaterländischen Front“ zu rechnen gewesen. Ein Versuch, diesen bisher politisch maßgebenden Verband aufzulösen und auszuspalten, hätte voraussichtlich eher eine Verschärfung als eine Milderung der innerpolitischen Gegensätze zur Folge gehabt. Unter diesen Umständen ist der *Schutzverband* als das geeignete Sammelbecken aller hinter der neuen Regierung

stehenden Kräfte anerkannt worden, wobei es vorerst noch dahingestellt bleiben muß, ob und inwieweit es den christlich-demokratischen und volkssozialistischen Kreisen gelingen wird, sich innerhalb des Verbandes zur Geltung zu bringen. „Die Regierung“, so hat es in der Erklärung des Ministerpräsidenten Cernius vom 5. April d. J. geheißen, „will die Einigung des ganzen Volkes verwirklichen und ruft alle Bürger, die guten Willens sind, zu gemeinsamer schöpferischer Arbeit auf. Nur wenn wir einig sind, wird die Sicherheit des Vaterlandes, werden Ordnung und ruhiges Zusammenleben aller Bürger gewährleistet sein. Alle werden intensiv arbeiten und sich einschränken müssen, denn nur durch Arbeit und vernünftige Sparsamkeit werden wir den Wohlstand des Volkes heben.“

Das „Lager der nationalen Einigung“ in Polen hat aus grundsätzlichen innerpolitischen Erwägungen heraus die Entwicklung in Litauen mit einigem Mißbehagen verfolgt. Denn in Litauen hat das bisher herrschende Regierungslager den Frieden mit der Opposition geschlossen, indem es, unter Preisgabe seiner Monopolstellung, deren Vertreter zur Mitverantwortung im Staate herangezogen und damit den Weg zu einer „wirklichen Zusammenfassung aller staatsbejahenden und aufbauwilligen Kräfte“ freigemacht hat. Das Regierungslager in Polen fürchtet nicht ohne Grund, daß dieses litauische Beispiel diejenigen Kreise in Polen zur Nacheiferung anregen wird, die berechnete Zweifel an der Fähigkeit des „Lagers der nationalen Einigung“, den innerpolitischen Frieden herzustellen, hegen und daher eine Verständigung mit den oppositionellen Parteien betreiben. Hinsichtlich ihrer möglichen Rückwirkungen auf die Außenpolitik Litauens wird die Regierungsumbildung von polnischer Seite optimistisch beurteilt. Es wird mit Befriedigung festgestellt, daß mit Bistras und Bizauskas zwei Repräsentanten der polenfreundlichen klerikalen Richtung in die Regierung gelangt sind. Vor allem auf den ersteren, den Führer der Christlich-Demokratischen Partei, werden in Polen große Hoffnungen gesetzt. Es wird in diesem Zusammenhang auf ein im Warschauer „Dobry Wieczór“ veröffentlichtes Interview Bistras' verwiesen, in dem sich dieser für eine enge litauisch-polnische Zusammenarbeit eingesetzt hat: „Die gegenwärtige Politik gebietet uns, im Einvernehmen mit Polen zu handeln. Denn angesichts der Vorfälle in Mitteleuropa kann nur Polen uns verteidigen. Und nur für Polen sind wir wichtig.“ Wenn Bistras nachträglich auch von diesem Interview abgerückt ist, so bleibt doch immerhin die Tatsache bestehen, daß er kurz vor seiner Ernennung zum Bildungsminister im Kauener „XX. Anzies“ unter einem Pseudonym einen Artikel veröffentlicht hat, in dem ganz ähnliche Gedanken dargelegt worden sind. Es ist jedenfalls mit einem gewissen Einfluß des Klerus und der Katholischen Aktion, die einer polnischen Orientierung der litauischen Politik das Wort reden, auf die neue Regierung zu rechnen. Auf polnischer Seite ist man bemüht, diesen seit 1926 aus dem innerpolitischen Leben Litauens ausgeschalteten Kreisen durch Freundschaftsbekundungen und Sympathieerklärungen für das „von Deutschland bedrohte und vergewaltigte Litauen“ unter die Arme zu greifen.

Es läßt sich nicht übersehen, daß sich mit der Regierungsumbildung in Litauen die Neigung für einen weiteren Ausbau der Beziehungen zu Polen verstärkt hat. Auf der anderen Seite liegen aber die Nachteile, die sich für Litauen aus einer politischen Orientierung nach Polen ergeben, so klar auf der Hand, daß es selbst den Kreisen, die einer litauisch-polnischen Gemeinschaft das Wort reden, notwendig erscheinen muß, mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen. Es ist wohl auch anzunehmen, daß sich die litauische Regierung darüber im Klaren ist, daß sich ein Zusammengehen mit Polen, nachdem dieses seinen Pakt mit England geschlossen hat, mit dem Sinn und Wortlaut des Artikels 4 des deutsch-litauischen Nichtangriffsvertrages vom 26. März d. J. nicht vereinbaren läßt. In dieser Lage hat es die litauische Regierung für ratsam gehalten, sich, wie es in der Erklärung des Ministerpräsidenten Cernius vom 5. April d. J. geheißen hat, „abseits von den Interessenkonflikten und Streitigkeiten der großen Mächte zu halten, sich ernstlich um die Erhaltung guter, ruhiger und beständiger Beziehungen zu allen Staaten, insbesondere zu den unmittelbaren Nachbarn zu bemühen und den Grundsatz strikter Neutralität zu befolgen.“ Grundsätzlich ist die Regierung Cernius also zur Fortsetzung der von der Regierung Mitronas eingeleiteten Politik der Zusammenarbeit mit Estland und Lettland auf der Grundlage der „baltischen Neutralität“ entschlossen. Es wird notwendig sein, die Praxis dieser Neutralitätspolitik aufmerksam zu verfolgen.

Landflucht in Estland

Die letzten zwei Jahrzehnte haben mit erschreckender Deutlichkeit das Absinken der biologischen Lebensfähigkeit des lettischen und des estnischen Volkes offenbart. Die Erscheinungsformen dieser Ermüdung der Volksorganismen sind: Absinken der Geburtenzahl unter die zur Bestandserhaltung erforderliche Ziffer, Landflucht, übermäßiger Andrang zum akademischen Studium und beginnende Unterwanderung durch fremdes Volkstum. Beim estnischen Volke begann sich, genau so wie bei dem, unter dem gleichen soziologischen Vorzeichen stehenden lettischen Volke, die Wanderung vom Dorf in die Stadt mit der Aufhebung der Leibeigenschaft bemerkbar zu machen. Die von den baltischen Ritterschaften frühzeitiger als anderswo im übrigen Rußland durchgeführte „Bauernbefreiung“ förderte entscheidend die Intelligenz- und Oberschichtbildung der beiden baltischen Völker, da sie den Zuzug nach den Städten und das Eindringen in städtische Berufe erleichterte. Hinzu kam die rasche Industrialisierung der baltischen Hafenstädte in der Witteschen Periode, wodurch ein nicht geringer Teil der Landarbeiterschaft zur Industrie überwechselte.

Es soll nun versucht werden, einen Ueberblick darüber zu geben, wie sich das Verhältnis Land—Stadt in dem Zeitraum zwischen der ersten estnischen Volkszählung von 1922 und der zweiten, die im Jahre 1934 stattfand, entwickelt hat. Die Gesamtbevölkerung des Staatsgebietes, die am 28. Dezember 1922 1 107 059 Seelen betrug, stieg bis zum 1. März 1934 auf 1 126 413 Köpfe. Sie wuchs also um 19 354 Köpfe oder 1,6 v. H., die durchschnittliche jährliche Zunahme betrug 0,13 v. H. Dieses langsame Anwachsen der Gesamtbevölkerung wurde von einer Verschiebung der Bevölkerungsentwicklung in den Siedlungsgruppen Stadt, Marktflecken und Land begleitet, wie sich aus folgender Uebersicht ergibt; es wohnten (in 1000):

	Stadt	Marktflecken	Land
1934	323,0	26,8	767,5
1922	276,9	24,6	789,2
Zu- bzw. Abnahme	+ 16,6%	+ 8,9%	- 2,7%

Die Bevölkerung der Städte und Marktflecken wuchs also erheblich rascher als die Gesamtbevölkerung; sie betrug bei der Stadtbevölkerung das Zehnfache und bei der Bevölkerung der Marktflecken das Fünffache, während die ländliche Bevölkerung absolut wie relativ abnahm. Die Entwicklung dieser Landfluchterscheinung vollzog sich nicht gleichmäßig, sondern in den einzelnen Kreisen verschieden. Einen Ueberblick über die örtliche Richtung der Bevölkerungsentwicklung gibt folgende nach Kreisen geordnete Tabelle; von 1922 bis 1934 nahm die Bevölkerung zu bzw. ab (in v. H.):

Kreis	Gesamt	Stadt	Markt- flecken	Land	Kreis	Gesamt	Stadt	Markt- flecken	Land
Wierland...	-2,7	+ 2,9	-11,8	-1,9	Jellin.....	-2,6	+ 25,1	+20,6	-8,1
Jarwen....	-0,1	+32,9	—	-0,9	Dorpat....	+2,4	+ 16,9	+ 8,7	-4,2
Harrien....	+4,6	+21,1	+39,8	-7,8	Walf.....	-1,1	+ 19,2	—	-8,5
Wiek.....	-6,9	+ 9,5	-15,6	-7,3	Werro....	+0,4	+ 5,0	+52,4	-0,7
Ösel.....	-2,1	+33,7	—	-4,4	Petschur..	+5,3	+113,0	—	+1,9
Pernau....	+0,5	+ 9,9	+19,0	-3,0	Staatsgebiet	+1,6	+ 16,6	+ 8,9	-2,7

Die Gesamtbevölkerung stieg ungefähr in der Hälfte der Kreise, während sie im Rest abnahm. Von wesentlicher Bedeutung war die Steigerung nur in den Kreisen Harrien, Dorpat und Petschur; in den Kreisen Pernau und Werro war sie so gering, daß sie praktisch einem Stillstand der Bevölkerung gleichkam. Mit Ausnahme weniger Sonderbestimmungen unterworfenere Städte, zeigte die städtische Bevölkerung eine starke Zunahme. Dasselbe gilt für die Bewohnerschaft der Marktflecken. Die Bevölkerung der Landgemeinden nahm in allen mehrheitlich estnisch besiedelten Kreisen ab, jedoch in dem zu zwei Dritteln russischen Kreis Petschur, — dem einzigen des Staates —, zu.

Einen interessanten Blick auf die Intensität der Landflucht gibt eine Tabelle der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Städten:

Name	Zunahme absolut	Zunahme relativ i. %	Name	Zunahme absolut	Zunahme relativ i. %
Reval	+ 15 373	+ 12,5	Gapjal	+ 398	+ 9,5
Nõmme	+ 9 955	+ 195,0	Krensburg	+ 1 114	+ 33,7
Dorpat	+ 8 534	+ 16,9	Petschur	+ 2 261	+ 113,0
Narwa	- 3 400	- 12,6	Taps	+ 1 353	+ 56,4
Bernau	+ 1 835	+ 9,9	Weißenstein	+ 305	+ 10,1
Fellin	+ 2 388	+ 25,4	Turgel	+ 804	+ 35,3
Walf	+ 1 387	+ 14,7	Oberpahlen	+ 509	+ 24,2
Wesenberg	+ 2 367	+ 31,3	Tõrwa	+ 789	+ 42,8
Werro	+ 255	+ 4,8	Baltischport	- 202	- 20,1

Den weitaus größten Teil dieser in die Stadt übersiedelnden Bevölkerung nahm also die Hauptstadt Reval mit ihrem Vorort Nõmme auf, auch Dorpat als geistiger Mittelpunkt steht mit an der Spitze. Die übrigen Städte wuchsen in absoluten Zahlen nicht so stark, doch zeigt die relative Zuwachsziffer, bezogen auf den Stand von 1922, daß auch hier der Verstärkerungsprozeß große Fortschritte gemacht und für die meisten eine Zunahme um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ der Alleinwohnerschaft gebracht hat. Die höchste Zuwachsziffer (wenn man von dem Revaler Vorort Nõmme absieht, der im Kraftfeld der Landeshauptstadt steht) zeigte die Stadt P e t s c h u r. Ursprünglich eine kleine Landstadt, wurde sie Verwaltungsmittelpunkt des 1918 Estland eingegliederten, mehrheitlich russisch besiedelten, gleichnamigen Kreises, dessen Estifizierung mit allen Mitteln vorwärtsgetrieben wird. Bietet zwar die bäuerliche Grundlage des, wenn auch sonst völkisch passiven Russentums wenig Angriffsmöglichkeiten, wie die starke Zunahme der bäuerlichen Bevölkerung des Kreises lehrt, die einzig in Estland dasteht und wohl auf Konto der Russen zu buchen ist; so soll doch auf dem Umwege der Verstärkung der städtischen Position der estnische Bevölkerungsanteil des Kreises künstlich verstärkt werden. Auffällig ist, daß für den Kreis Bierland, der Sitz der aussichtsreichen Delschieferindustrie ist, in allen Siedlungsgruppen eine Abnahme zu verzeichnen ist. Der maßgebende Faktor dieser Entwicklung ist die S t a d t N a r w a, die wegen ihrer Grenz Nähe und gesunkenen Bedeutung einen starken Wanderungsverlust zu verbuchen hat. Ein Ueberblick über die räumliche Verteilung der Entwicklung der ländlichen Bevölkerung zeitigt ebenfalls interessante Ergebnisse. Zwei große Zentren schälen sich heraus, Reval mit seinem Hinterland, bestehend aus den Kreisen Harrien und Wiek, sowie Dorpat mit den Kreisen Dorpat, Fellin und Walf. Diese beiden Städte, die den größten Bevölkerungszuwachs aufweisen, haben als Hinterland diejenigen Kreise, in denen sich die stärkste Abnahme der ländlichen Bevölkerung feststellen läßt.

Die Gründe der Landflucht des estnischen Volkes liegen nicht so sehr im Bereich der materiellen Lebensbedingungen, da, wie auch von estnischer Seite zugegeben wird, die am stärksten entvölkerten Landkreise die günstigsten Boden- und Wirtschaftsbedingungen haben, was besonders auf das Hinterland von Dorpat zutrifft. Vielmehr liegen die Gründe in jener psychologischen Einstellung, die durch den westlichen Liberalismus, mit seiner Ueberbewertung der städtischen Lebens- und Denkweise, eine so große Förderung fand. Auch heute noch gilt es in Estland als das höchste Ziel, eine gutbezahlte Stelle in Reval oder einer anderen größeren Stadt zu erlangen. Der Zustrom in die Städte, verstärkt durch den Drang zum akademischen Studium, beraubt jahraus, jahrein das flache Land seiner besten Kräfte und hat zu einem erheblichen Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften geführt, der nur unvollkommen durch zusätzliche Mechanisierung der Arbeitsweise behoben wird. Das Entscheidende ist aber der Einfluß auf die biologische Entwicklung des estnischen Volkes. Zwar stehen hier keine statistischen Angaben zur Verfügung, doch genügt die Feststellung des estnischen Geographen Edgar Rant, daß die Städte einen Sterbefallüberschuß aufweisen. Setzt man die geburtliche Entwicklung des Staatsgebietes in Beziehung dazu, so ist die Behauptung nicht unberechtigt, daß das Problem des estnischen Volkstodes in unmittelbare Nähe gerückt ist. Denn: auch das flache Land ist vom Geburtenrückgang ergriffen und hat die Entwicklung stellenweise beschleunigt. Der estnische Großbauer, der heute die tragende Schicht für Heer und Beamenschaft darstellt, hat im Durchschnitt nur noch zwei Kinder; manch-

mal übernimmt der Sohn den Hof, oft genug geht er aber in die Stadt und später wird der Hof verkauft. Auch die Agrarreform mußte an dieser Entwicklungstendenz scheitern. Trotzdem aus dem staatlichen Landfonds bis zum Jahre 1935 49 067 neue Bauern- und Handwerkerstellen errichtet wurden (die landwirtschaftliche Erhebung von 1929 wies für ganz Estland 133 357 landwirtschaftliche Betriebe nach), hat diese Maßnahme die Landflucht nicht beseitigen, sondern nur unwesentlich verlangsamen können.

Deutsches Schicksal in Polen

Verhaftungen und Verbote

Der Bromberger Berichterstatter des Deutschen Nachrichtenbüros, Karl-Heinz Jenseke, wurde am 31. März unter der Beschuldigung, „unwahre Nachrichten über Polen“ verbreitet zu haben, verhaftet. — Am 26. bzw. 27. März wurden der Angestellte der Deutschen Vereinigung, Bruno Lesmer aus Zempelburg, das Hauptvorstandsmitglied der Deutschen Vereinigung, Otto Bartels aus Latrenzhof bei Żnin, und zwei weitere Mitglieder der Deutschen Vereinigung, Gustav Bege mann und Karl Rakmann aus Krotoschin, aus unbekanntem Gründen verhaftet. — In Kattowitz wurde der Angestellte des Jugendamtes des Deutschen Volksbundes, Walter Behrla, auf Grund der Anzeige eines polnischen Soldaten, der sich durch Behrla „proviziert“ fühlte, verhaftet und im Verwaltungsstrafverfahren zu einer Arreststrafe von 14 Tagen verurteilt. In demselben Zusammenhang wurden noch vier weitere Deutsche festgenommen. — In Lodz wurden 24 junge Deutsche wegen Tragens weißer Strümpfe vor Gericht gestellt und zu je 20 Zloty Geldstrafe oder 3 Tagen Haft verurteilt. — Am 5. April wurde der deutsche Privatlehrer Reinhold aus dem Bezirk Stanislaw (Ostgalizien), dem Beziehungen zu ukrainischen Nationalisten zum Vorwurf gemacht werden, in das Isolierungslager Bereza Kartuska eingeliefert. — In Waliszew (Kreis Onesen) wurde der Volksdeutsche Hermann Nolting ohne Angabe von Gründen verhaftet. — In Kulmsee erteilte den deutschen Fleischermeister Wierzba dasselbe Schicksal. Verhaftungen deutscher Volksangehöriger wurden in letzter Zeit auch aus zahlreichen anderen Orten gemeldet.

Für den 2. April war eine Aufführung der Messe in F-Moll von Anton Bruckner durch die Chöre der Bachvereine Posen, Bromberg und Lissa in der evangelischen Kreuzkirche in Posen vorgesehen. Die Aufführung mußte im letzten Augenblick abgesagt werden, da trotz vielfacher Bemühungen vier reichsdeutschen Solisten von den polnischen Behörden die Einreise nach Polen verweigert wurde. — Die über 1000 Mitglieder zählende Ortsgruppe Posen der Deutschen Vereinigung veranstaltete Ende März eine Mitgliederversammlung, in deren Rahmen ein Lichtbildervortrag gehalten und von der Jugend einige Lieder und Sprechchöre vorgetragen werden sollten. Auf Grund einer den gesetzlichen Bestimmungen widersprechenden Anordnung des Starosten durften weder die Lichtbilder gezeigt, noch die Lieder gesungen noch die Sprechchöre vorgetragen werden. Da auch der „Feuerspruch“, mit dem die Veranstaltungen der Deutschen Vereinigung in der Regel geschlossen werden, nicht gesungen werden durfte, wurde die Versammlung durch eine Schweigeminute beendet. — Der Zentrale Polnische Sportverband beschloß, in diesem Jahre das Straßenrennen Berlin—Warschau nicht durchzuführen. Als Begründung führte der „Goniec Warszawski“ folgendes an: Das Straßenrennen habe mehrere Male zu „eläglichen Niederlagen“ des polnischen Radsports und zu „höchst unerwünschten Triumpfen der deutschen Sportler“ geführt. Außerdem sei das Rennen auch deshalb unerwünscht, weil es in Posen und Mittelpolen zahlreiche von Deutschen bewohnte Städte und Dörfer berühre und dort „ganz unnötige Manifestationen des Deutschtums“ hervorgerufen habe.

Zahlreiche Ueberfälle auf deutsche Volksangehörige

Einige deutsche Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren, die an einer Gesangsstunde im evangelischen Gemeindehaus in Samotychin teilgenommen hatten, wurden

auf dem Heimwege von einer Bande polnischer Burschen überfallen und mit Knüppeln mißhandelt. — In Teschen-West wurden zwei Beamte des Deutschen Konsulats, als sie gegen Mitternacht vom Dienst nach Hause gingen, von zwei Polen angerempelt, weil sie sich in deutscher Sprache unterhielten. Um den drohenden Tätlichkeiten auszuweichen, begaben sich die beiden Deutschen in ein Lokal, von wo aus sie die Polizei verständigten. Da mit weiteren Belästigungen zu rechnen war, mußten sie ihren Heimweg unter polizeilichem Schutz fortsetzen. — Nachdem erst kurz zuvor im Deutschen Heim in Karwin ein Deutscher von einem polnischen Gemeindebeamten niedergeschlagen worden war, wurde am 31. März der deutsche Druckereibesitzer Walter Nitkiewicz in der Nähe seiner Wohnung von fünf Polen, die ihm dort aufgelauret hatten, überfallen und derart mißhandelt, daß er erhebliche Verletzungen davontrug und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. — In Schubin wurde am 29. März der 82jährige Gastwirt Heinrich Ristau vor seinem Hause von einigen Polen überfallen und niedergeschlagen; er trug erhebliche Kopfverletzungen davon. — In Weissenhöhe in Pommerellen fielen halbwüchsige polnische Burschen über deutsche Passanten her. Dabei wurde der deutsche Genossenschaftsangestellte Dreßke durch Messerstiche verletzt. Einige andere Deutsche, Bruno Döring, Herbert Hennig, Frieda Paßer und Wilhelm Reßbein wurden durch Knüppelschläge und Steinwürfe gleichfalls verletzt. — In Wisseß (Kreis Wirsitz) wurden drei Deutsche von aufgeheßten polnischen Burschen überfallen und mißhandelt. — In Schlesiengrube fielen am 30. März sechs Polen über den Deutschen Heinz Scheffzyk her. Scheffzyk wurde zu Boden geschlagen und mit Füßen getreten. Dabei wurden ihm vier Zähne ausgeschlagen und ein Auge so schwer verletzt, daß mit dem Verlust der Sehkraft zu rechnen ist. — In Königshütte stürzte sich ein Pole auf eine junge deutsche Frau, die ihr auf den Fahrdamm gelaufenes Kind in deutscher Sprache auf den Bürgersteig zurückrief, und schlug wutentbrannt auf sie ein. — In Myslowitz versuchte am 6. April ein Aufständischer mit Gewalt in das deutsche Volksbundesheim einzudringen. Als er daran gehindert wurde, schleuderte er einen Ziegelstein in den Raum, durch den ein dort beschäftigter Handwerker eine schwere Wunde am Hinterkopf davontrug. — Am 5. April wurde das Mitglied des Deutschen Volksbundes, Anton Garbawski aus Pleß, von einem Polen angefallen. Garbawski erhielt einen schweren Schlag gegen die Stirn und stürzte vom Rade. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß das Stirnbein verletzt worden war. — Am 6. April wurde der Volksdeutsche Gerhard Niemieß aus Kattowitz auf der Straße von mehreren Polen umzingelt, die von ihm einen Ausweis verlangten. Als sich der Deutsche der Belästigung zu entziehen versuchte, schlugen die Polen rücksichtslos auf ihn ein. Kurz darauf erschien Polizei. Auf dem Kommissariat erklärten die Polen, von Niemieß „provoziert“ worden zu sein. Das Ergebnis war, daß die polnischen Angreifer freigelassen wurden, während der überfallene Deutsche in Haft gesetzt wurde.

Polnische Zerstörungswut gegen deutsches Eigentum

In die Turnhalle der Deutschen Privatschule in Rybnik wurden am 30. März während einer Übungsstunde des Turnvereins mehrere Steine geschleudert. Dabei gingen mehrere Fenster in Trümmer. Es war nur einem glücklichen Zufall zu danken, daß niemand verletzt wurde. — In Schokken (Kreis Wongrowitz) wurden an der deutschen evangelischen Kirchen 22 Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert. — Am Eichendorff-Gymnasium in Königshütte wurden binnen kurzer Zeit zum zweiten Male mehrere Fensterscheiben eingeschlagen. — In Wirsitz wurden an verschiedenen deutschen Wohnungen die Fensterscheiben eingeworfen, so u. a. am Deutschen Heim und an der Buchdruckerei Behr. — In Graudenz drangen zwei Polen in die Buchhandlung Arnold Kriedtke ein und verlangten die Entfernung verschiedener Bücher aus dem Schaufenster. Als ihr Verlangen abgelehnt wurde, schlugen sie eine der großen Schaufensterscheiben ein. — Durch Steinbombardements wurde auch in zahlreichen anderen Fällen an deutschen Wohnhäusern zum Teil beträchtlicher Sachschaden angerichtet, so u. a. am evangelischen Pfarrhaus in Labischin, an mehreren deutschen Bauernhäusern in Liszkowo und in Günterhoff Kolonie (Kreis Wirsitz), in Weburg (Kreis Kulm), an deutschen Wohnhäusern in Graudenz u. a. m. — Der Berliner Transiffahn „Scharnhorst“

wurde beim Passieren der Neßebrücke in Nakel mit einem Steinhagel empfangen. Die Besatzung mußte in den Kajüten Schutz suchen.

Zu schweren deutschfeindlichen Tumulten kam es am 1. April in Schwientochlowitz (Ostoberschlesien). Das Volksbundheim wurde von einer Horde polnischer Banditen umstellt. Nach einem Steinschlag, durch das sämtliche Fenster des Heimes zertümmert wurden, drangen die mit Knüppeln und anderen Schlaginstrumenten bewaffneten Polen in das Heim ein, zerschlugen die gesamte Einrichtung und mißhandelten die im Heim versammelten deutschen Jungen schwer. Einige der Jungen, die sich durch das Fenster zu retten suchten, wurden von den vor dem Hause postierten polnischen Banditen überfallen und niedergeknüppelt. Ihre besondere Wut ließen die Polen an einem Führerbild aus, das sie unter wüsten Schimpfreden mit ihren Messern zerfetzten. Die von dem Ueberfall sofort verständigte Polizei lehnte ein Eingreifen ab mit dem Bemerkten, daß sie „anderweitig dringend erforderlich“ sei. — Am 1. April wurde der 17 Jahre alte Deutsche Heinrich Drawski aus Gieschewald (Ostoberschlesien) von zwei Polen angefallen, die ihn bis in den Hof seines Wohnhauses verfolgten. Dort trat den Polen der Vater des Jungen entgegen, ein 58jähriger Invalide. Er wurde von den Banditen mit Zaunlatten mißhandelt; außerdem wurden mehrere Scheiben an der Haustür zerschlagen.

Zu blutigen Ausschreitungen kam es am 2. April in dem dicht an der Danziger Grenze gelegenen Dorf Eggertshütte. Dort gerieten zwei ortsfremde Deutsche, der Danziger Staatsangehörige Willi Wohlfahrt aus Strippau und der Volksdeutsche Otto Wolff aus Alt-Grabau (Kreis Berent), versehentlich in eine im Gasthaus Bonk stattfindende polnische Versammlung. Sofort stürzten sich wie auf Kommando etwa 15 mit Knüppeln bewaffnete Polen auf die beiden Deutschen. Wolff flüchtete in die im gleichen Hause gelegene Wohnung des deutschen Volksangehörigen Kresin, wurde dort aber von den Polen, die die Tür zu der Wohnung einschlugen, gestellt und aufs schwerste mißhandelt. Erst als einige Polizeibeamten einschritten, zogen sich die Polen zurück. Einige Zeit darauf drang eine noch größere Horde polnischer Burschen erneut in die Kresinsche Wohnung ein, in der sich inzwischen auch Wohlfahrt eingefunden hatte, und setzten ihr barbarisches Treiben fort. Wieder wurden die Deutschen mißhandelt. Die Wohnungseinrichtung wurde von der Horde, vor der sich Frau Kresin mit ihren Kindern aufs Feld geflüchtet hatte, zertümmert. Schließlich zogen die Polen johlend und mit Knüppeln bewaffnet durchs Dorf und ließen ihre Zerstörungswut noch an einer Reihe anderer deutscher Bauernhäuser aus. So wurden bei den Bauern Hoffmann, Musal, Plichta, Schell usw. die Fenster, Türen und Wohnungseinrichtungen zerschlagen. Das Dorf bot nach diesem Wutausbruch des aufgeheßten polnischen Pöbels einen traurigen Anblick.

Die Boykotttheze blüht

Die polnischen Zeitungen in Bromberg veröffentlichten vor kurzem einen von 10 polnischen Organisationen unterzeichneten Aufruf, in dem die Durchführung eines radikalen Wirtschaftsboykotts gegen die Deutschen verlangt wurde. Darin wurde verlangt, daß alle Polen, die Waren in deutschen Geschäften kaufen oder deutsche Lokale besuchen, öffentlich gebrandmarkt werden sollen, daß im Haushalt keine Waren deutschen Ursprungs verbraucht werden dürfen, daß die Hausfrauen auf den Märkten keine Waren von deutschen Landwirten erstehen dürfen, daß keine deutschen Zeitschriften abonniert werden dürfen, daß sich alle polnischen Firmen verpflichten, nur polnische Jugendliche und polnische Arbeiter zu beschäftigen, daß die staatlichen und kommunalen Beamten und Arbeiter, sowie alle Angestellten und Arbeiter privater Betriebe sich im Verkehr mit Personen deutscher Volkszugehörigkeit ausschließlich der polnischen Sprache bedienen, daß in den polnischen Firmen alle etwa noch vorhandenen deutschen Aufschriften und Reklamen beseitigt werden, daß alle Schriftstücke, die in deutscher Sprache an die Aemter, Büros und Firmen gerichtet werden, unbeantwortet bleiben, daß von der polnischen Kaufmannschaft im Verkehr mit Danziger Firmen nur die polnische Sprache angewandt wird, und daß Polen nicht die Dienste deutscher Banken in Anspruch nehmen dürfen. Weiter hieß es in dem Aufruf: „Wir werden danach streben, a.) eine Aufhebung des Rechtes zu erwirken, wonach Deutsche Grundstücke erwerben und Konzessionen erhalten dürfen, b.) allen deutschen Firmen jegliche Lieferung für Staats- und Kommunalaufträge

zu unterbinden, c.) der deutschen Presse und deutschen Verlagen in Polen das Postdebit einzuschränken, d.) für deutsche Filme in Polen ein Verbot zu erwirken, e.) ein Verbot des Tragens deutscher Uniformen und Parteiabzeichen zu erlassen.“ Weiter wurde verlangt, daß „die überflüssigen deutschen (evangelischen) Kirchen, die aus Mangel an Gemeindemitgliedern (?) nicht gebraucht werden“, an die römisch-katholische Kirche übergeben werden, und daß „die übermäßige Zahl (!?) der deutschen staatlichen sowohl wie privaten Schulen“ liquidiert wird. Der Aufruf schloß mit den Worten: Denkt daran, daß nur eine starke Faust den deutschen Hochmut wieder zur Besinnung bringen kann. Unsere solidarische und beständige Aktion wird zur Festigung unseres Bestandes und zur Nationalisierung unseres Wirtschaftslebens beitragen, das allein die Garantie eines starken Polens ist.“

Deutsches Arbeitslosenschicksal in Ostoberschlesien

In Rydułtaw wurde von der Verwaltung der Charlottengrube zum 31. März 80 deutschen Arbeitern und Angestellten, die früher auf der Grube beschäftigt waren, die werkseigenen Wohnungen gekündigt. Die Deutschen wurden also nicht nur aus ihren Arbeitsstellen verdrängt, sondern obendrein auch noch mit ihren Familien und Habseligkeiten in des Wortes wahrster Bedeutung auf die Straße gesetzt. — Auf einer Vorstandetagung der Gewerkschaft deutscher Arbeiter, die am 26. März in Königshütte stattfand, stellte der Verbandsvorsitzende Jankowski folgendes fest: In der Zeit von 1934 bis 1938 nahm die Zahl der im Bergbau, in den Hüttenwerken und in der weiter verarbeitenden Industrie Ostoberschlesiens beschäftigten Arbeiter um über 47 000 zu. In der gleichen Zeit aber wurden 8 200 deutsch organisierte Arbeiter entlassen. Die Gewerkschaft deutscher Arbeiter zählt zur Zeit rund 19 000 Mitglieder; davon sind 7 300, d. h. 38 v. H. arbeitslos. Wenn der Bombendtsatz der arbeitslosen Mitglieder des Verbandes im vergangenen Jahre zurückging, so lediglich deshalb, weil zahlreiche deutsche Arbeiter aus Ostoberschlesien als Grenzgänger in der westoberschlesischen Industrie untergebracht werden konnten oder sich dem unter polnischer Herrschaft auf ihnen lastenden Druck durch die Abwanderung ins Reich entzogen. — Der in Dchojész bei Rybnik (Ostoberschlesien) wohnhafte deutsche Arbeitslose Franz Smyczek wurde vom Rybniker Starosten auf Grund des Grenzzonengesetzes aus der Grenzzone ausgewiesen. Smyczek hatte die Grenzzone binnen sieben Tagen, am 30. März, zu verlassen. Als Begründung für diese harte Maßnahme mußte die Tatsache herhalten, daß Smyczek vor sechs Jahren einmal wegen eines geringfügigen Schmuggels zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt worden war.

Ostland-Chronik

Oberst Clawek †

Am 2. April beging Oberst Walery Clawek in seiner Warschauer Wohnung Selbstmord. Oberst Clawek, der im 61. Lebensjahr stand, war eine der markantesten politischen Persönlichkeiten Polens und einer der treuesten und stärksten Mitarbeiter des Marschalls Piłsudski. Er gehörte schon vor dem Kriege zu dessen engsten Mitarbeitern. Nach dem Maiumsturz von 1926 wurde Oberst Clawek einer der führenden Politiker Polens. Er war dreimal Ministerpräsident. Er gründete und leitete den „Unparteilichen Block für die Zusammenarbeit mit der Regierung“. Er war einer der schärfsten und härtesten Gegner der Opposition, die er mit eiserner Faust zu Boden zwang. Seiner

Initiative entsprang auch das bei der Opposition verhasste Wahlrecht für Sejm und Senat. Nach dem Tode des Marschalls begann der Kampf der Kreise, die sich „auch“ zu Piłsudski bekennen, gegen ihn. Schritt für Schritt drängten ihn diese Kreise aus dem politischen Leben heraus. Als er mit der Parlamentsauflösung im Herbst v. J. auch seine Stellung als Sejmarschall verlor, war er völlig kaltgestellt. Oberst Clawek war einer jener Charaktere, die durch die Politik nicht verdorben werden können. Er war ein Mann, der immer persönlich anspruchslos blieb, dessen reines Wollen auch von seinen Gegnern anerkannt werden mußte, der mit unbedingter Treue an dem Erbe Piłsudskis festhielt und den nichtpolnischen Volks-

gruppen gegenüber Mäßigung bewies. Alles das war nicht geeignet, ihm in den Kreisen der Neopilsudfisten beliebt zu machen. Er wurde von ihnen als ein unbequemer Mahner empfunden. Er erhob gegen diese Kreise den Vorwurf, die Politik des Marschalls verraten zu haben. Er hinterließ zwar einen Brief, in dem er bat, nicht nach einem Schuldigen an seinem Selbstmord zu suchen. Doch läßt die Tatsache, daß er gerade in den Tagen, in denen der stärkste Feind des Pilsudskiregimes, der Bauernführer Witos, aus der Verbannung nach Polen zurückkehrte, und in denen Oberst Beck nach London fuhr, um die polnische Außenpolitik an diejenige der Westmächte zu knüpfen, seinem Leben ein Ende machte, gewisse Rückschlüsse auf die Beweggründe zu.

„Unser Platz an der Seite Deutschlands“

Den slowakischen Standpunkt zu der britischen Einkreisungspolitik hat das slowakische Regierungsblatt „Slovenska Politika“ mit folgenden Worten umrissen: „Der Standpunkt der Slowakei ist ganz klar. Es liegt im Interesse der Slowakei, daß Deutschland all diese britischen Bestrebungen zunichte macht und sein Uebergewicht auf dem europäischen Kontinent wahrte. Und wenn — was Gott verhüten möge — es zu etwas in Europa kommen sollte, dann ist unser Platz an der Seite Deutschlands. Schon aus reinen Vernunftsgründen, denn wenn das Lager der Gegner siegen würde, dann wäre es für immer vorbei mit der slowakischen Selbständigkeit, vorbei mit der slowakischen Eigenstaatlichkeit. Wir kämen wieder in die Sklaverei, diesmal in die madjarische. Den Engländern würde es nicht im Traume einfallen, eine neue slowakische Republik zu bilden, mit der sie doch nur Sorge hätten. Der Fall Deutschlands hätte die völlige nationale Vernichtung der Slowaken zur Folge. Deshalb müssen wir aus ganzem Herzen wünschen, daß die Gegner ihr Ziel ändern. Um das Schicksal des Dritten Reiches allerdings brauchen wir uns keine Sorgen zu machen. Denn sein großer Führer weiß, was er tut.“

Durcansky über die Außenpolitik der Slowakei

Der slowakische Außenminister Dr. Durcansky führte am 2. April in einer Rundfunkrede, in der er die außenpolitische Situation der Slowakei behandelte, u. a.

folgendes aus: „Heute hat die slowakische Nation nach vielem Leiden und Prüfungen, die sie im Schoße anderer Staaten mitmachen mußte, den Gipfelpunkt ihres Strebens erreicht, indem sie das Ziel aller nationalen Bestrebungen, ihre politische Unabhängigkeit, erreichte. . . Unsere Nation wird und will in die international-politischen Fragen in keiner Weise eingreifen. Wir werden das aus dem Grunde nicht tun, weil das in keinem Verhältnis zu unserer politischen Bedeutung und Stärke stünde. Unsere Bemühungen werden sich hauptsächlich und nur in der Richtung entwickeln, das von unserer Nation bewohnte Gebiet, unser selbständiges Staatswesen und unsere Existenz zu sichern und ein gutes Verhältnis zu allen unseren Nachbarn zu gestalten und mit jedem zusammenzuarbeiten, der hierfür ein Interesse befundet. So wie in der Vergangenheit werden wir uns auch jetzt vor Augen halten, daß in unserer Nachbarschaft ein deutsches 80-Millionenvolk lebt, mit dem uns viel kulturelle und wirtschaftliche Bande verbinden und das der Garant unserer politischen Unabhängigkeit und der Integrität unseres Gebietes ist, weshalb ein bestmögliches Verhältnis zu ihm und die Zusammenarbeit mit ihm unser politisches Leitmotiv sein wird. Desgleichen werden wir bestrebt sein, unsere Beziehungen zur polnischen Nation gut zu gestalten, damit unseren beiden benachbarten Völkern aus der Zusammenarbeit ein möglichst großer Vorteil erwächst. Wir verschließen uns aber auch nicht einer Zusammenarbeit mit der ungarischen Nation. Ich sage dies heute in einem Augenblick, da wir im Interesse der Ruhe und Stabilität der internationalen Beziehungen in diesem Winkel Europas neue und, ich kann sagen, im Verhältnis zu unserer Bevölkerungszahl und Landesgröße große Opfer gebracht haben. Wir taten dies nach reiflicher Ueberlegung in dem Bewußtsein, daß man sich früher oder später auch in Ungarn die verfehlte Politik vergegenwärtigen wird, die zum Anschluß zahlreicher Slowaken an ihren Staat zu einem Zeitpunkt geführt hat, in dem die slowakische Nation ihr freies Leben begann. Ich glaube, daß man sich in Ungarn diese Tatsache vergegenwärtigen wird, da man dort die Tragweite der Grundsätze einsehen muß, die bei der Schaffung und beim Bestand der

Staatskörper, beim Untergang der österreichisch-ungarischen Monarchie ebenso wie beim Untergang der tschecho-slowakischen Republik entscheidend waren. Deshalb hoffe ich, daß die Ungarn ein für allemal auf den Gedanken verzichten werden, den unter dem Namen „Heilige Stefanskrona“ bekannten politischen Begriff zu erneuern. Bei der heutigen Sachlage ist die Slowakei ein derartiger kompakter Nationalstaat, wie wenige Staaten in Europa. Die Zahl der bei uns lebenden anderen Volksgruppen erreicht bei weitem nicht jene Zahl, die in vielen anderen Staaten vorhanden ist. Doch ist die slowakische Regierung trotz der verschwindend kleinen Zahl der in der Slowakei lebenden anderen Volksgruppen entschlossen, deren Angehörigen alle Rechte zu gewähren, die sie im Interesse ihrer nationalen Existenz und Entfaltung benötigen. Sollte jedoch mit unseren Minderheiten im Ausland auf andere Weise verfahren werden, die nicht von einer ähnlichen Auffassung der europäischen Entwicklung zeugt, dann müßten wir, wenn auch ungern, ähnliche Maßnahmen ergreifen, da das Gegenteil einer freien und selbständigen Nation nicht würdig wäre. Diese Stellungnahme ist um so mehr gerechtfertigt, als nahezu die Hälfte unserer Nation infolge eines grausamen Geschickes gezwungen ist, außerhalb ihres selbständigen Staates zu leben.“

Lettland und die Heimkehr Memels

Die Stellung Lettlands zur litauischen Frage umriß Außenminister Munter in einer Rede vor der Arbeitskammer in Riga am 2. April d. J. mit folgenden Worten: „... In den letzten Tagen waren wir Zeugen von sehr tiefgreifenden und wichtigen Veränderungen in der politischen Lage unseres südlichen Nachbarn Litauen. . . Nun hat Litauen auch eine zweite Frage geregelt, die ihm in der letzten Zeit viel Sorgen bereitet hat, indem es sich mit Deutschland über die Wiederangliederung des Memelgebietes an das Deutsche Reich geeinigt hat. Materiell ist dies ein schwerer Verlust für Litauen, wenn es auch in Zukunft beachtliche Rechte bei der Nutzung des Memeler Hafens haben wird. Was die politische Seite der Frage anlangt, so kann man sogar einräumen, daß die neugeschaffene Lage die politische Stabilität Litauens und die Konzentration der nationalen Kräfte günstig beeinflussen wird. Beachtung verdient auch der Artikel 4 des Vertrages zwischen Deutschland und Litauen vom 22. März, der Nichtangriffs- und Neutralitätsverpflichtungen enthält. Wenn man beachtet, daß Litauen der einzige baltische Staat ist, der eine Landgrenze mit Deutschland hat, so wird verständlich, daß auch für uns die erwähnten Verpflichtungen von großer Bedeutung sind.“

Bücher über den Osten

Ostpreußische Bauern. Volkstum und Geschichte. Von Heinrich Harmjanz. Reichsnährstand Verlagsgesellschaft, Zweigniederlassung Ostpreußen, Königsberg/Pr. 1938. 129 Seiten. 4 Karten und mehrere Pläne. Preis 4,20 RM. — Das Buch ist bei aller wissenschaftlichen Zuverlässigkeit vollständig geschrieben. Es gibt eine Vorstellung vom Werden der völkisch-stammlichen Struktur und der rechtlich-sozialen Lage des ostpreußischen Bauerntums. In seinen 5 Kapiteln stellt es die Hauptabschnitte dieses Wandens dar: die Auffiedlung des Landes durch den Deutschen Orden, die Rückwirkungen des Zusammenbruchs der Ordensmacht im Jahre 1410 auf die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Bauern, die Zeit der Ständeherrschaft im herzoglichen Preußen, die für die Bauern eine Zeit der völligen Rechtslosmachung und Unterdrückung bedeutet hat und vom Beginn des 18. Jahrhunderts an von einer Periode abgelöst wurde, die durch die oft von Wider-

ständen gehemmt und von Rückschlägen unterbrochenen Bemühungen der preußischen Könige um die wirtschaftliche Hebung und soziale Befreiung der Bauern gekennzeichnet ist. Das letzte Kapitel führt dann von der Zeit der Reichsgründung bis an die Gegenwart heran. Am Beispiel Ostpreußens, das durch den ordenszeitlichen Auftakt gegenüber anderen ostdeutschen Landschaften seine bleibenden Besonderheiten aufweist, gibt Harmjanz in seinem Buch eine abgerundete Geschichte deutschen Bauerntums im Osten. Dr. K.

Livland im politischen Wollen Herzog Albrechts von Preußen. Ein Beitrag zur Geschichte des Herzogtums Preußen und des preußisch-livländischen Verhältnisses, 1525 bis 1540. Von Hans Quednau. Verlag S. Hirzel, Leipzig 1939. 201 Seiten. — Durch die Umwandlung des Ordensstaates Preußen in ein weltliches Herzogtum im Jahre 1525 geriet Albrecht insofern in eine gefährliche Lage, als



der katholisch gebliebene Zweig des Deutschen Ritterordens und der Kaiser Gegner der preußischen Veränderung waren. Die Lage erschien dem Herzog um so bedenklicher, als er bei einer Auseinandersetzung mit diesen Gegnern auch mit der Gegnerschaft Livlands zu rechnen hatte. Es mußte daher sein Bestreben sein, Einfluß auf Livland zu gewinnen. Er versuchte das einmal dadurch, daß er die befürchtete livländische Gegnerschaft durch eine politische Annäherung an die protestantischen Staaten an der Ostsee und z. T. auch durch die Engagierung Polens von außen her niederzuhalten bestrebt war, und vor allem dadurch, daß er in die inneren Verhältnisse Livlands einzugreifen bemüht war. Eine Stütze fand diese Politik des Herzogs an den protestantischen Kreisen dieses Staates, mit deren Unterstützung er seinem Bruder, dem Markgrafen Wilhelm, eine maßgebende Machtstellung in Livland zu verschaffen versuchte. Das Scheitern dieser Pläne des Herzogs sollte sich in Zukunft tragisch für die deutsche Stellung im Baltikum auswirken. Quednaus Darstellung dringt tief in die politischen Zusammenhänge und Planungen ein. Nicht am Willen des Herzogs, dessen livländische Politik vom Bewußtsein einer deutschen Aufgabe im Nordosten befeelt war, sondern an der machtpolitischen Schwäche des Herzogtums hat es gelegen, daß den sich über anderthalb Jahrzehnte hinziehenden Bemühungen Albrechts um eine preußisch-livländische Gemeinschaft der Erfolg verjagt blieb.

Dr. K.

Die Boden- und Siedlungspolitik der Stadt Königsberg/Pr. Ein Beitrag zur Boden- und Siedlungspolitik deutscher Städte. Von Georg Klement. Ost-Europa-Verlag, Königsberg/Pr. 140 Seiten mit 13 Karten und Diagramme. Preis 5,20 RM. — Die städtische Siedlungsgestaltung Königsbergs ist in vieler Hinsicht interessant und von derjenigen der meisten mittel- und westdeutschen Städte in mancher Hinsicht verschieden. Der geschichtliche Werdegang der Stadt, ihr Festungscharakter und ihre Bedeutung als Hafenplatz haben der Boden- und Siedlungspolitik Königsbergs besondere Züge aufgeprägt. Ausführlich werden die Grün- und Kleingartenpolitik, die Bebauungspläne und Bauordnungen mit ihren Einwirkungen auf die Bodenpreise, Wohnungsverhältnisse usw. geschildert. Für die aktuelle Frage einer Auflockerung der Großstädte sind in der gründlichen Arbeit mancherlei Anregungen enthalten. Dr. K.

Fahrten durch Ostpreußen. Reisevorschläge herausgegeben vom Landesverkehrsverband Ostpreußen. Ost-Europa-Verlag, Königsberg (Pr.) 1937. 144 Seiten. Preis

1.— RM. — Den nach Ostpreußen Reisenden erwartet eine solche Mannigfaltigkeit landschaftlicher Eindrücke und eine so große Zahl geschichtlicher und sonstiger Sehenswürdigkeiten, daß es wohl nützlich ist, in knappster Form über die zweckmäßigsten Wanderrouten unterrichtet zu werden. In der vorliegenden Schrift sind mehrere Duzend derartiger Fahrten durch die verschiedenen Landesteile und von verschiedener Dauer zusammengestellt. Dabei werden sowohl Fuß- wie Radwanderungen, Auto-, Schiffs- und Bahnfahrten, Rundreisen usw. berücksichtigt. In einem besonderen, etwa die Hälfte des Heftes umfassenden Teil werden über die in den beschriebenen Fahrtenvorschlägen erwähnten Orte die wichtigsten Angaben gemacht (Geschichte und Sehenswürdigkeiten, Unterkunft und Auskunft). Dem Heft ist eine Ubersichtskarte von Ostpreußen beigegeben. Nachteilig ist es, daß das Heft noch nicht die zahlreichen neuen Ortsnamen enthält, was leicht zu Irrtümern Anlaß geben kann.

Dr. K.

Freivaldau in der Wendezeit sudetendeutschen Schicksals. Herausgegeben von Hans Gröger und Josef Taraba. Volk und Reich Verlag, Berlin 1938. — Es ist ein Bericht über die letzten Tage des tschechischen Terrors und die Lage des Einmarsches der deutschen Truppen in das am Altwater gelegene sudetendeutsche Städtchen Freivaldau. Die Ereignisse dieser schicksalreichen Tage sind in 56 Bildern festgehalten. Die Bilder sprechen für sich. Sie haben keiner textlichen Erläuterung bedurft. Das Buch soll in erster Linie eine Erinnerung sein für die, die dabei gewesen sind, also für die Freivaldauer und ihre Befreier. Es ist darüber hinaus aber ein Zeitdokument, das sich an alle wendet.

Iranische Reise. Eine Forschungsreise durch das heutige Persien. Von Walter Hinz. Mit 93 Abbildungen nach eigenen Aufnahmen des Verfassers. Verlag Hugo Bermühler, Bln.-Lichterfelde 1938. 168 Seiten. Preis Ganzleinen 4,80 RM. — Der Verfasser ist der Direktor des Seminars für den Nahen Osten an der Universität Göttingen. Das Buch ist ein Reisebericht. Es erzählt von dem alten Persien und von dem modernen Iran, vor allem von letzterem. Man lernt ein Land mit uralter Kultur kennen, das unter der Führung eines energischen Herrschers den zivilisatorischen Anschluß an Europa sucht, ohne mit den geistigen Werten seiner mehrtausendjährigen Geschichte zu brechen. Anschaulich und unterhaltsam werden im Rahmen dieser Reisebeschreibung zahlreiche interessante Einzelheiten der wirt-



1. Deutsche Reichslotterie

1. Ziehung 16. und 17. Mai

$\frac{1}{8}$ $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{1}$ Los

3,- 6,- 12,- 24,- RM. je Klasse

von Corvin, Königsberg (Pr)

Poststr. 6/7. Ruf 31817. Postscheck 3940

Aufklärung

über wichtige Fragen
des Ostens bringen die BDO-Briefe

Zu beziehen durch

Bund Deutscher Osten, Berlin W 30
Motzstraße 46

schaftlichen und politischen Verhältnisse, der künstlerischen und religiösen Strömungen aus diesem „Land der Mitte“ mitgeteilt. Die Fotos geben zahlreiche, bisher in der Iran-Literatur noch nicht abgebildete Zeugen der alten und der modernen persischen Baukunst wieder. Dr. K.

Jahrbuch des Reichsarbeitsdienstes 1939.
Herausgeg. von Oberstarbeitsführer Müller-Brandenburg unter Mitarbeit zahlreicher Führer des Reichsarbeitsdienstes. Volk und Reich Verlag, Berlin 1938. 108 Seiten und 24 Bildblätter. — Außer einigen Beiträgen, die über allgemeine Fragen des Arbeitsdienstes, wie über dessen soziale Bedeutung, die Schulung, die Arbeitsgeräte und die Leibeszucht im RAD, die Unterkunftsgestaltung und die Feierstunden und dergleichen handeln, wie schon in den beiden vorangehenden Jahrgängen des Jahrbuches über die Arbeitsvorhaben einiger Arbeitsgauen berichtet, so über die Arbeiten in Oberschlesien, in Hunsrück, im Oberbayern, in Schwaben, in Mecklenburg, in Westpommern und in Sachsen. In kurzen Beiträgen kommen auch einige Arbeitsmänner zu Wort. Auch die Wirkung des RAD auf die Auslandsdeutschen und das Aus-

land wird behandelt. Beachtung verdient u. a. der Bericht über das Arbeitsdienstschiffamt des Jahres 1938, aus dem zu ersehen ist, daß der RAD immer mehr Eingang in das politische, wirtschaftliche und erzählende Schrifttum findet. Den Schluß des mit guten Bildern ausgestatteten Jahrbuches bildet der Text der Sprechhöre, Lieder und Reden der Feierstunde des RAD auf dem Parteitag des Jahres 1937. Dr. K.

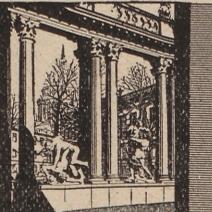
Armee ohne Volk. Von Hans Schneider. Verlag „Deutsche Revolution“, Düsseldorf 1939. 135 Seiten. — Schneider hat in dieser Schrift eine Wertung des deutschen Baltikumunternehmens versucht. Er bringt keine Darstellung der Ereignisse, die sich an dieser letzten Front des Großen Krieges abgespielt haben. Sondern er weist auf die hinter den Kulissen wirkenden Kräfte hin, die das Baltikumunternehmen zu Fall gebracht haben. Den jüdisch-marxistischen und den zentrümlich-kerikalischen Kreisen stellt er die Soldaten gegenüber, die damals noch einmal den Kampf aufgenommen haben, um dem zusammengebrochenen Deutschland Luft im Osten zu schaffen. Dr. K.

Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW 61, Lantwizstraße 2-3. — Hauptschriftleiter: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Zülstraße 2. — Druck: Westkreuz-Druckerei GmbH., Berlin-Lichtenrade, Moltkestraße 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Haupt, Fichtenau b. Berlin. — Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — F. v. W. g. — Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Mohrstr. 46 (Fernruf 25 09 14) zu richten.

FÜR IHRE WERBUNG

**MILL
KLISCHEE**

BERLIN SO 36, ORANIENSTR. 6. RUF 68 76 24



**MÖBELHAUS
C. Helbig**
Allenstein
Gegr. 1879 * Ruf 2167
Ausstellung in 5 Etagen.

**Schafft Heime
für die Hitler-Jugend**



Internationale Speditionen

Berlin SO 36, Reichenberger Straße 57
Fernsprecher: 68 92 01

**Südostpreußisches
Verkehrsbüro Allenstein**

Vertretung des Mitteleuropäischen Reisebüros, der Mitropa und des Nordd. Lloyd
Alle Fahrkarten zu amtli. Preisen

Besucht das schöne Ostpreußen!

Adolf Rehahn

Likörfabrik

Alenstein

Spezialitäten:

Kurfürst — Bärenfang

Zitronen-Likör — Mokka-Likör

EMIL Paare

Alenstein

Textil- und Modewaren

SCHUHHHAUS
Neumann

ALLENSTEIN • OBERSTRASSE 16

Jos. Bader

Konditorei u. Kaffee

Alenstein

Für Partei und Sport

Sporthaus Robert Franke

Alenstein, Am Gericht

Fernruf 2219

Fritz Krenz K. G.

Rathaus-Drogerie - Parfümerie

Zentralstelle für Photographie

Bernhard Gauer Nachfl.

Seifen- und Soda - Fabrik

Alenstein, Gartenstraße 16-17

Aloys Pernack

Bau- und Möbel-Werkstätten

Alenstein

Fritz Braun / Alenstein

Eisen- u. Eisenwaren — Baustoffe

Fernruf: 3278/79

R. Löffelbein, Alenstein

Treudankstr. 23

Ruf 23 05

Spezial-Reparatur-Werkstätte

für Auto-Licht u. -Zündung in- u. ausl. Fabrikate

Ankerwickerei, Batterie-Reparatur- u. -Ladestelle

Spare

bei Deiner

Stadt- u. Kreissparkasse

Alenstein

Mündelstüber

Goertz-Autodienst

Alenstein, Kaiserstr. 25

Telefon 3460

Karl Roensch & Co.

Maschinenfabrik / Eisengießerei

Alenstein, Karl Roensch-Str. 1-7

Schnell, gut, billig

wird Ihre Wäsche gewaschen u. geplättet in der

Dampfwäscherei Scheschonka

Alenstein i. Ostpr., Liebstädterstr. 45

Wilhelmstraße 12 ☉ Fernruf 3234

Allenstein

**Damen-, Herren-Kleidung
Wäsche, Teppiche**

Wolfgang

LEISEWITZ

Allenstein, Richtstraße 39

staub NACHF.

Haus für Wohnungskunst

Allenstein

Erika



Anzahlung
u. 24 Raten **7²⁰**
je RM 8,85

Gustav
Goertz
Allenstein.
TEL. 2264

KARL KAHL

LEDERHANDLUNG

Allenstein, Rathausstr. 7

Telefon 2295

R. W. Fuchs

Großbaumschulen

Allenstein Ostpr.

empfehl. aus eig. Anzuchten
Obstbäume in allen Formen.
Beerenobststräucher, Rosen, Stauden
sowie alle Baumschulartikel

Preislisten gern zu Diensten

Osterode

Osterode Ostpr.

Die Ausflugsbasis für das Reichshrenmal
Zannenberg und für das oberländische Seengebiet

Prospekte und Auskünfte: Verkehrsbüro Osterode / Ruf 564

Gebrüder Stein, Mineralwasserfabrik, Osterode Ostpr.

Ruf 228

Großvertrieb der Schönbuscher Biere

Ruf 228

trinkt mehr Milch!

Molkereigenossenschaft Osterode/Ostpr.

S. Dopfball

Kaufhaus für Textilwaren u. Bekleidung

Große Auswahl — niedrige Preise

Osterode/Ostpr., Alter Markt

Die Rathausbuchhandlung

Adolf Brüske

Osterode Ostpr., Alter Markt 24
liefert Ihnen alle Bücher und Zeitschriften!

**Städtische Sparkasse
zu Osterode Ostpr.**

gegründet 1852

Burgstraße 2

Rathaus-Konditorei Osterode Pr.

täglich ab 4 Uhr Künstlerkonzert
Mittwoch und Sonnabend 5 Uhr Tanztee
Sommergarten auf dem Marktplatz

Deutsches Theater-Café, Friedrichstr.
Jeden Sonnabend und Sonntag 5 Uhr Tanztee

Bahnspedition

Möbel-Fernverkehr mit Autolastzügen
Holz Kohlen Brikett

Korn & Spudich, Osterode

Bahnhofstraße

Fernsprecher: 525

Ein Haus des guten Einkaufs
für Damenmoden und Putz

Geschw. Marquardt Nachf.

Osterode Ostpr., Markt

Rudolf Boguhn

Kolonialwaren — Netze

Osterode Ostpr., Neuer Markt

Fernsprecher 502

Ortelsburg

Brauchst Du Kleidung - geh' zu **Parschau!**

Ortelsburg Ostpr. • Adolf-Hitler-Platz 6 • Fernruf 542

Kaufhaus Karg

Kom. Ges.

Ortelsburg Ostpr.

Fernruf 355

Gaskoks der
gute
Brennstoff

Stadtwerke Ortelsburg

Sparen heißt für die
Zukunft sorgen!

Darum spare

Kreissparkasse Ortelsburg

Zweigstellen: Willenberg u. Friedrichshof



Kampf dem Verderb

Das Haus der guten Qualitäten
für
Textilwaren und Fertigungskleidung

Hans Henning

Ortelsburg



Carl Wichert

Ein zuverlässiges Geschäft für gute Qualitäten

Textil- und Modewaren
Fertigungskleidung u. Kurzwaren

Ortelsburg, Adolf Hitler-Straße 7

Telefon 379

Bedarfsdeckungsscheine der Ehestandsdarlehen und
Kinderbeihilfen werden angenommen

Willy Glaß

Eisen-Baustoffe — Kohlen

Ortelsburg i. Ostpr.

„Hotel Berliner Hof“, Ortelsburg

Eigentümer: Hotelbesitzer Max Horn. Fernsprecher 444

Größtes Haus am Platze / Fließendes Wasser in den Zimmern

In gleicher Bewirtschaftung:

„Bahnhofs-Hotel“, Ortelsburg

Fernsprecher 336

„Kurhaus am Niedersee“

in Niedersee (Rudzanny). Fernspr. 33 und 34

Vom Frühjahr bis Herbst mit dem
„Seediensft Ostpreußen“
ins Ordensland!

Neidenburg

**Gutes Licht
gute Leistung!**

Stadtwerke Neidenburg

Ewald Laser

Sämtl. Maschinen für Land-
wirtschaft und Industrie

Neidenburg, Stolzenbergstr. 16

Haus- und Küchengeräte
Glas und Porzellan
Baustoffe Kohlen

Johann Erdmann, Neidenburg

Markt 46

Telefon 225

Manufakturwaren — Fertigung
Verkauf von Bleyle

Emil Sczech, Neidenburg/Ostpr., Markt 30
Fernsprecher 322

Manufaktur-, Kurz-, Weiß-
u. Wollwaren - Bekleidung

Alfred Wicht

NEIDENBURG

Verkaufsstelle der Reichszeugmeisterei der NSDAP

Möbelhaus Dalügge
Neidenburg

Große Auswahl in 6 Stagen

Lieferung frei Haus

Schuhhaus

Lederhandlung und Sportartikel

Carl Grabowski, Neidenburg Ostpr.

Fernruf 264

Werbt für ‚Ostland‘

Karl Janke
Neidenburg

Herrenfertigung

amtlich zugelassene Verkaufsstelle der Reichszeugmeisterei

**Ihre vorteilhafte Einkaufsstätte
für Manufakturwaren und Fertigung**

E. Leskien, Neidenburg Ostpr., Markt

Annahme von Ehestandsdarlehn und Kinder-Bedarfsdeckungsscheinen

Lyck

Gronwald & Co.

Das Haus der Qualitätswaren

Lyck/Ostpr.

Kaiser Wilhelm-Str. 108

Fernsprecher 738

Neidenburg

Oscar Schulz

Inhaber Lackner & Sohn

Neidenburg

Stahlwaren * Glas * Porzellan

Lyck

Masurens Hauptstadt.

Unmittelbar am Ufer des Lyck-Sees und am Hochwald
gelegen. Sommerfrischerstadt.

Auskunft: Verkehrsamt Lyck, Am Rathaus. Fernsprecher 517

S e n s b u r g

Hotel Masovia

45 Fremdenzimmer / Warmwasser-Heizung / Elektrisch Licht
Vereinszimmer / Auto-Boxen / Parkplatz / Hotelwagen a. d. Bahn
Anerkannt gute Küche • Solide Preise
Bes. Hch. Gräfen

Bei dem Besuch des Kreises
besuchen Sie auch den

Ratskeller

Brieskorn & Krause

Sensburg
Marktstraße 7

Die beliebte Einkaufsquelle für Alle
zu volkstümlichen Preisen

Hotel Deutsches Haus

Inh. M. Blöhm

Fernruf 366

Sensburg i. Ostpr., Am Markt

Zentralheizung

Fließendes Wasser

Garagen

Modernes Kaufhaus für Manufakturwaren,
Fertigkleidung, Kurz- und Wollwaren

Gardinen, Tischdecken, Läuferstoffe, Pelzwaren, Teppiche

Kübler-Kleidung

Heinrich Wenzek

Sensburg, Kl. Markt 2

Kurt Wollschläger

Manufakturwaren
Fertigkleidung

• Werbt für „Ostland“ •

Willy Kirstein

Sensburg

Textil- und Modewaren
Bekleidung

D t s c h . E y l a u

Molkerei-Genossenschaft

Dt. Eylau

Eingetragene Genossenschaft m. b. H.



Dem wird
abgeholfen flüßig:
Durch den
„Gas-Elektrolux“
Der bekannte
GAS

KÜHLSCHRANK
arbeitet nach dem eis-
sartigen „Elektrolux“-
System. Seine Vorzüge
erfahren Sie bei

Stadtwerke
Sensburg

Im Urlaub
in das befreite
Gudetenland!

T i l s i t

Neueste Seiden- und Wollstoffe
Damen- und Herren-Fertigkleidung
Maßschneiderei im Hause
alle Uniformen v. d. R. Z. M. zugelassen

Wilhelm Leiner
Tilsit, Deutsche Straße 65

Schau nicht rechts
schau nicht links

kauf bei

Raudies u. Bugenings

Tilsit, Deutsche Straße 73

Stoffe - fertige Kleidung - Wollwaren

Ein Volk, ein Reich, ein Führer!

Königsberg

Seide - Wolle - Elegante Damenkleidung

ROTANOX
oczyszczanie
VIII 2014

Beachten Sie bitte
meine Ausstellung
Münzstr. 14, neben
Kondit. Schwermer

SEIDENHAUS Erich Dietz

Königsberg (Pr) · Junkerstraße 5 · Telefon 3 38 38

Musterversand bereitwilligst

Hotel Nordbahnhof

(Hospiz) **Königsberg (Pr)**

ganz neuzeitig bei mäßigen Preisen

Fernruf 344 61



Steindamm 139

MÖBELFABRIK
und Einrichtungshaus

Werde Mitglied der NSV.

Das Ziel
des Hilfswerkes
„Mutter u. Kind“:
ein starkes
und gesundes
deutsches Volk.

Thalysia macht gesünder

Trinken Sie täglich ein Glas von dem köstlichen Thalysia-Apfel-Rohsaft. Fördert d. Stoffwechsel u. hebt d. Allgemeinbefinden



Otto Raue
Königsberg
Paradeplatz 11
Vorder Roßgarten 43-44
Hufenallee 44-46

Marienwerder

Marienwerder

Kunst und Prospekt:
Städt. Verkehrsamt
Poststraße 3 / Fernsprecher 2600

1233 gegründet, bietet durch seine Grenzlage besonders interessante
Gebenswürdigkeiten.

Herliche Ordensbauten, Heimatmuseum.
Bester Ausgangspunkt für Fahrten ins Weichselgrenzgebiet

Schappler & Schluff

Inh. U. Sarawinsky

Vorteilhafte Bezugsquelle für
Manufakturwaren und Fertigkleidung

Marienwerder

Adolf-Hitler-Straße 6

Säberei Wagner

Chemische Reinigung
Dampfwaschanstalt

Fabrik Marienwerder Messpr.

Ringia-Schühhaus

H. WACHLEWSKI

Marienwerder, Wpr. Adolf-Hitler-Straße 40

Glas - Porzellan - Steingut
Wirtschafts-Artikel
Stahlwaren - Bestecke
Beleuchtungs-Artikel jeder Art

empfiehlt **Kurt Puppe**

Marienwerder W-Pr., Adolf-Hitler-Str. 38-39

Wer ostdeutsche Waren kauft und Aufträge in
den Osten gibt, hilft die Grenze stark machen!



WOJEWÓDZKA
BIBLIOTEKA PUBLICZNA

29483
ELBLĄG

5312/60

SCH

Im aufstrebenden Wirtschafts-Gebiet Schlesien

Haushaltungen: 1278499
Einwohnerzahl: 4686769

liest jeder 3. Zeitungsleser eine
der 10 NS-Heimatzeitungen der

Schlesischen Gaupresse

Breslau: Schlesische Tageszeitung - Glogau: Nordschlesische Tageszeitung - Liegnitz: Niederschlesische Tageszeitung - Görlitz: Oberlausitzer Tagespost - Hirschberg: Beobachter im Iser- und Riesengebirge - Waldenburg: Mittelschlesische Gebirgszeitung - Glatz: Grenzwach - Gleiwitz: Der oberschles. Wanderer - Oppeln: OS.-Tageszeitung. - Grünberg: Grünberger Wochenblatt

Bank für Landwirtschaft

Aktiengesellschaft

Filiale Breslau

Breslau 5, Tauentzienplatz 11

Vertreten an 39 Plätzen im Reich

Bankverkehr
mit allen Berufen
und Gewerben

Gegfällige
Ausführung aller
bankmäßigen
Geschäfte

Buchhandlung

P. Schweitzer Nachf.
Beyer & Soblik

Breslau 5, Tauentzienplatz 9

Großes Bücherlager aus allen Zweigen
der Literatur. Karten der Landesaufnahme

Druckerei f. W. Jungfer

6 Schmaschinen - 7 moderne Schnellpressen

Breslau, Neue Antonienstraße 16/18

Telefon 51824 und 53467

! In Breslau kauft man gut bei

Stoff Bender
BRESLAU

Schweidnitzerstraße 46
neben der Schlesischen Zeitung

Bürobedarf-Schreibwaren

GRÜTZNER, Albrechtstraße 39

Eckhaus Altbüßerstraße

Möbelhaus
Winkler & Holstein

Oppeln, Sebastianplatz 6/8, Gartenstraße 11

Möbel · Polstermöbel

Ehestandsdarlehn - Kinderbeihilfen
Wirtschaftsbeihilfen. Tel. 2612

**Werbt
neue
Mitglieder!**



Schreibmaschinen
ROTHER
vorm. Mainka
Oppeln O./S. Ruf 3782

**Plakate
drückt!
Speer!**

**BRESLAU, OFENERSTR. 122
TEL. 56725**